

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Dienstag, 24. Juni 1924.

Nr. 147.

## Ein falscher Schluß.

Das gestrige Abendblatt des „Pravo Lidu“, des Zentralorgans der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, widmet der Ansprache des deutschen agrarischen Senators Lusch an den Präsidenten der Republik eine Betrachtung, die an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakischen Republik gerichtet ist. Das Blatt hebt hervor, daß es die deutschen Agrarier sind, welche sich als erste große Partei zur positiven Mitarbeit in der Republik melden, und daß es gerade deutsch bürgerliche Parteien sind, welche den Anteil an der Macht im Staate verlangen. Die Führer der deutschen Sozialdemokraten jedoch haben bisher einen „leidenschaftlich verneinenden“ Standpunkt gegenüber dem Staate eingenommen und die Kundgebung des Senators Lusch sollte ein Warnungssignal für die deutsche Sozialdemokratie sein, welche doch dazu berufen wäre, eine führende Rolle in der Politik der nationalen Beruhigung zu spielen.

Die Worte des „Pravo Lidu“, von denen wir gerne annehmen wollen, daß sie ernst gemeint sind, zeigen uns das eine: daß die tschechischen Sozialdemokraten unsere Politik nicht verstehen. Wir glauben daher die Pflicht zu haben, den tschechischen Genossen höflich und deutlich einiges zu erwidern.

Vor allem gehen wir von der festen Ueberzeugung aus, daß durch die Wechselreden zwischen dem Präsidenten der Republik und den deutschbürgerlichen Vertretern jener Bevölkerung, durch deren Gebiet der Präsident reist, an den politischen Verhältnissen dieses Staates nichts geändert werden kann. Die Demokratie hat die Macht der Staatsoberhäupter wesentlich eingeschränkt, was durch die Umwandlung der mitteleuropäischen Monarchien in Republiken historisch zum Ausdruck gekommen ist. Die Träger der tschechoslowakischen Staatspolitik sind gegenwärtig die fünf tschechischen Regierungsparteien, beziehungsweise jene Massen und Schichten der Bevölkerung, die hinter ihnen stehen und sie gewählt haben. Diese fünf Parteien sind die Repräsentanten der wahren politischen Macht und eine Auseinandersetzung des deutschen und tschechischen Volkes kann nicht zwischen den Vertretern der deutschen Bevölkerung und dem Präsidenten, sondern zwischen den gewählten Vertretern beider Nationen erfolgen. Bei aller menschlichen Hochachtung vor dem Gelehrten Masaryk, bei aller Einschätzung seiner geistigen und sittlichen Eigenschaften, bei aller Würdigung dessen, was Masaryk als Befreier der tschechischen Nation bedeutet, lehrt doch die Entwicklung der Politik der letzten Jahre in diesem Staate, daß die Macht, von der eine Aenderung der Verhältnisse in diesem Staate abhängt, nicht in den Händen des Präsidenten der Republik sich befindet.

Wenn sich nun die tschechischen Sozialdemokraten wundern, daß die deutschen Agrarier, wie ein Teil der deutschen Bourgeoisie überhaupt, es zu dieser Regierung nahe haben, wir deutschen Sozialdemokraten aber nicht, dann beweist dies nur, daß sie die Verschönerung der Machtverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die sich in der Tschechoslowakei und innerhalb der Regierung dieses Staates in den letzten Jahren vollzogen hat, nicht verstehen und nicht deuten können. Ein Vergleich zwischen der Stellung der Sozialdemokratie von 1918 bis 1920 einerseits und von 1920 bis heute andererseits, offenbart, daß der bürgerliche Einfluß in der Regierung immer mehr gewachsen, der proletarische Einfluß immer mehr zurückgegangen ist. Die stärkste Kraft in der gegenwärtigen Regierung sind die tschechischen Agrarier, und deshalb ist es kein Wunder, wenn die deutschen Agrarier ihr Herz für diese Regierung entbrennen, für eine Regierung, von der sie hoffen, daß sie ihnen in irgend einer Form die Getreidezölle und damit vermehrten Profit für deutsche wie für tschechische Agrarier bringen

## Die Konferenz von Chequers.

# Ein moralischer Pakt.

Mitte Juli — Interalliierte Konferenz.

London, 22. Juni. (Gavas.) Ueber die Unterredungen in Chequers wurde folgendes amtliche Komuniquee ausgegeben: Im Laufe einer freundschaftlichen und intimen Unterredung wurden verschiedene Fragen behandelt, die mit dem Sachverständigenrat zusammenhängen und verschiedene Maßnahmen geprüft, die zu seiner Ausführung zu ergreifen wären. Es war nicht möglich, zu definitiven Konklusionen zu gelangen, denn es ergab sich die Notwendigkeit, vorher auch die belgische und italienische Regierung zu befragen. Bei den Unterredungen wurde eine vollkommene Uebereinstimmung zwischen den Gesichtspunkten der beiden Regierungschefs konstatiert. Es wurde abgemacht, unter Vorbehalt der Zustimmung der übrigen alliierten Regierungen Mitte Juli eine

Konferenz nach London einzuberufen, wo das zu besorgende Vorgehen definitiv festgesetzt werden soll. Beide Ministerpräsidenten haben beschlossen, sich gelegentlich der Eröffnung der Völkerbundsfession zu einem kurzen Besuche nach Genf zu begeben.

London, 22. Juni. (Gavas.) MacDonald und Herriot haben beschlossen, zum offiziellen Komuniquee über die Zusammenkunft in Chequers folgende Erklärung hinzuzufügen: Die beiden Staaten drohenden Schwierigkeiten in der ganzen Welt haben uns veranlaßt, einen moralischen Pakt unverbüchlicher Zusammenarbeit zu schließen.

## Folgen von weltpolitischer Bedeutung.

London, 22. Juni. Herriot ist von Chequers nach London zurückgekehrt. Das Regierungskomuniquee ist natürlich mit Rücksicht auf die abwesenden Regierungen von Belgien und Italien allgemein gehalten und bringt naturgemäß viel weniger zum Ausdruck, als sich in Chequers tatsächlich ereignet hat. Aber sogar dann, wenn man sich strikt an den Wortlaut des Komuniquees hält, ist un schwer daraus zu folgern, daß der Optimismus, der heute in amtlichen englischen Kreisen herrscht, durchaus berechtigt ist. Es lassen sich bereits aus dem Komuniquee Folgerungen von höchster weltpolitischer Bedeutung ziehen.

1. England und Frankreich sind sich endlich darüber einig geworden, daß der Dawesbericht ohne schwerwiegende Aenderungen oder Vorbehalte angenommen werden muß, so daß dann die hauptsächlichste Schwierigkeit, welche einer interalliierten Konferenz entgegenstand, beseitigt worden ist.

2. Die Einberufung der Konferenz der Alliierten nach London deutet darauf hin, daß Ramsay MacDonald mit seiner Auffassung durchgedrungen ist, wonach man den Dawesbericht im Sinne der englisch-amerikanischen Auffassungen, ohne besondere Klauseln oder Strafandrohung für den Fall eines deutschen Zahlungsverzuges, also auf Seite der Alliierten im Geiste des guten Willens, anzunehmen bereit ist.

3. Die Ankündigung, daß Herriot und MacDonald gemeinsam der Eröffnung der Versammlung des Völkerbundes in Genf beizuwohnen wollen, kann nur dahin ausgelegt werden, daß die beiden Ministerpräsidenten sich darüber geeinigt haben, dem Völkerbund wichtige Aufgaben, vor allem auf dem Gebiete der Abrüstung und der Lösung der Sicherungsfrage zu übertragen. Wenn dies der Fall ist, so hat Herriot zweifellos dem englischen Standpunkt Rechnung getragen, daß stets von der Auffassung ausgegangen werde, daß man nur einem durch Deutschlands Eintritt als gleich-

berechtigtes Mitglied erweiterten Völkerbund wesentliche politische Aufgaben übertragen könne.

## Herriots Konzeptionen.

Berlin, 23. Juni. Die „B. Z.“ am Mittag“ berichtet, daß der deutsche Votschafter in Paris, von Hoersch, gestern in Berlin eintraf und noch im Verlaufe des Abends eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann hatte. Es könne keinen Zweifel unterliegen, daß durch den Bericht Hoersch's die Ansicht in vollem Umfange bestätigt wird, die das bisherige Verhalten Herriots in allen verständigen Kreisen Deutschlands hervorgerufen habe, daß nämlich Herriot die feste Absicht habe, Dreierlei zu konzedieren, und zwar:

1. Volle Gleichberechtigung als Verhandlungspartei in allen Verhandlungen über die Regelung der Reparationen und anderer internationaler Fragen.

2. Effektive und vorbehaltlose Wiederherstellung der deutschen Hoheitsrechte in den besetzten Gebieten, die Rückkehr der Ausgewiesenen und Gefangenen, sobald die Gesetze für die Verwirklichung des Dawes-Planes angenommen und amtlich notifiziert sind.

3. Endgültige Aufgabe der interalliierten Militärkontrolle, wenn Deutschland die Generalrevision annehme und ihr Ergebnis so ist, wie das deutschseits mit gutem Gewissen erwartet werden dürfte.

Wie das Blatt weiter mitteilt, bleibt Herr von Hoersch nur ganz kurze Zeit in Berlin und fährt in den ersten Tagen dieser Woche nach Paris zurück, vermutlich mit gewissen Erklärungen der Reichsregierung.

deutschen Agrarier die Konsequenzen aus diesen Ereignissen früher ziehen als die Vertreter eines Teiles des tschechischen Proletariates in Regierung und Parlament.

Es wird die Stunde kommen, da auch die tschechischen Sozialdemokraten erkennen werden, daß eine Regierung mit den Vertretern der immer bewusster werdenden tschechischen Bourgeoisie unmöglich ist, daß es für die Sache des Proletariates in der Republik viel besser ist, wenn sich deutsche und tschechische Proletarier zusammenfinden im Kampfe gegen die erstarrte Macht eines jungen und rücksichtslosen Bürgertums. Die tschechische Bourgeoisie mag sich dann für ihren politischen Kampf gegen die Arbeiterklasse ihre natürlichen Bundesgenossen in der Bourgeoisie aller Nationen der Tschechoslowakei suchen!

## Eine mißlungene Hege.

### Bürgerliche Zeitungslügen über die Saazer Arbeiterbäckerei.

In den letzten Tagen brachten die bürgerlichen Blätter für alle Spießrader eine sehr erfreuliche „große Sensation“. Mit Riesentiteln wurde verkündet: „Streik in einer sozialdemokratischen Arbeiterbäckerei“, „Die Sozialdemokraten als Arbeitgeber“ usw. In diesen Zeitungsnachrichten wurde erzählt, daß in der Bäckerei des Saazer Konsumvereines ein „Streik“ ausgebrochen sei. Die Spießrader und ihre phantastischen Zeitungsschreiber malten bereits ein Bild aus, das so recht ihrem Herzenswunsch entsprachen würde: Die Arbeiterbäckerei in Saaz werde in den nächsten Tagen den Betrieb mit „Streikbrechern“ fortführen! All dies war selbstverständlich erlogen, um gegen die sozialdemokratische Partei Agitationsmaterial zu bekommen.

Was geschah nun wirklich in Saaz? Sonntag, den 22. Juni, fand eine Sitzung des Vorstandes, Aufsichtsrates und Genossenschaftsrates des Konsumvereines „Solidarität“ in Saaz statt, in der die Bäckereianglegenheit behandelt wurde. In dieser Sitzung gab zunächst der Obmann der Genossenschaft bekannt, daß es sich bei der von den bürgerlichen Zeitungen aufgebauhten Angelegenheit überhaupt um keinen „Streik“ handelt, da die angeblich bestrikte Bäckerei aufgelassen wurde und erst in den letzten Tagen vor Ablauf der Ründungsfrist der Bäckereihilfen diese nicht mehr zur Arbeit erschienen. Weiters berichtete der Obmann, Senator Genosse Barth, daß es sich auch um keinen Streik um die Lohnfrage allein handelte, sondern noch andere Angelegenheiten mit hinein spielten. Die Bäckerei mußte geschlossen werden, weil die Produktion im Verhältnis zur Regie viel zu gering war. Dies mißte besonders daher, daß der Umsatz der Bäckereiwaren auf große Schwierigkeiten stieß, denn die Verkaufsstellen des Saazer Konsumvereines liegen im Saaz-Poderjamer Landgebiete weit von einander entfernt. Dadurch werden die Zufuhrkosten für die Bäckereiarbeiter sehr hoch. Nicht verschwiegen darf jedoch werden, daß auch die Leistungen der Bäckereihilfen nicht der Durchschnittsleistung in anderen gleichartigen Betrieben entsprachen. Dies konnte sogar ein Kontrollorgan der Bäcker nicht unbeachtet lassen. Infolge dieser Umstände konnte die Arbeiterbäckerei auf die Dauer nicht konrentenzfähig sein. Die Sonntagliche Konferenz stellte daher nach eingehender Erörterung fest, daß die Schließung der Bäckerei unvermeidlich war und infolge dessen auch nicht rückgängig gemacht werden kann.

Die von der Schließung der Bäckerei erklärlicher Weise hart betroffenen Bäckereiarbeiter wehrten sich gegen das für sie schmerzliche Schicksal. Sie machten bei der Wahl ihrer Kampfmittel aber einen bedauerlichen Mißgriff, indem sie die Saazer bürgerlichen Zeitungen dazu benutzten, um der Öffentlichkeit ihre Stellungnahme als richtig hinzustellen. Sie behaupten zunächst, daß der Konsumverein den Kollektiv-Vertrag für die ganze Republik nicht anerkannt habe. Dies trifft jedoch nicht zu, da zwischen der Leitung der Bäckerei und den Gehilfen ein Separatabkommen bestand. Infolgedessen konnte der neue Kollektiv-Vertrag zwischen dem Verbands der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften und dem Verbands der Lebensmittelarbeiter erst in Wirksamkeit treten, wenn dies von einem der Beteiligten verlangt wurde. Dies geschah aber lange Zeit nicht und erst am 13. März forderte dies die Verbandsleitung der Lebensmittelarbeiter. Am 19. Mai fand dann in Saaz eine Sitzung statt, in der Verhandlungen begonnen wurden. Bei diesen Verhandlungen wurde den Gehilfen der Lohn nach dem Kollektiv-Vertrag rückwirkend ab 1. April zugestanden. Entgegen dieser Vereinbarung des Verbandssekretärs der Lebensmittelarbeiter, der Vertreter der Gehilfen und des Vorstandes der Genossenschaft lehnten aber die Gehilfentrotzkührer vorherigen Zustimmung dieses Uebereinkommens ab und forderten die Zahlung der Vertragslöhne rückwirkend ab 1. Jänner. Daraufhin traten Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft sofort zusammen und beschlossen nach nochmaliger genauer Ueberprüfung der Bäckereibilanz, den Betrieb infolge seiner Unrentabilität mit 15. Juni zu schließen. Die mit der Schließung notwendig gewordene Kündigung der Bäckereihilfen wurde am 23. Mai dem Betriebsver-

trauensmann Kamenik schriftlich überreicht. Die Kündigungfrist währt entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Zeitungen vierzehn Tage, so daß es nicht richtig ist, daß beim Saager Konsumverein keine Kündigungsfrist besteht oder daß sich die Bäckergehilfen hätten verpflichten müssen, auf jede Kündigung schriftlich zu verzichten. Stellte ein Gehilfe einmal einen Ersatzmann, so konnte für den Ersatzmann natürlich eine Kündigungsfrist überhaupt nicht bestehen, da ja kein Arbeitsverhältnis vorlag. Da nun die Bäcker erst am 15. Juni geschlossen wurde, aber schon am 23. Mai die Kündigung mitgeteilt worden war, wurde eigentlich eine dreiwöchentliche Kündigungsfrist eingehalten. Mehr Entgegenkommen kann wohl nicht gefordert werden.

Aber die bürgerlichen Zeitungen hatten noch mehr entdeckt. Sogar der Aushundentag sei in der Arbeiterbäckerei nicht eingehalten worden. Das sollte wohl eine Rechtfertigung dafür sein, daß in den Privatbäckereien der Aushundentag überhaupt nicht eingehalten wird. In der Saager Arbeiterbäckerei war es jedoch anders. Wohl konnten infolge der geringen Produktion nicht alle neun Gehilfen täglich beschäftigt werden, aber sie arbeiteten nicht mehr als acht Stunden, denn ihre wöchentliche Arbeitszeit betrug achtundvierzig Stunden. In dieser Zeit wurde aber nur jene Wahlmenge verbacken, die bei normaler Leistung in 36 Stunden hätte verarbeitet werden können. Daß dieser Umstand mit der hohen Rolle des Unternehmens schädigen mußte, ist wohl selbstverständlich.

Die Leitung der Genossenschaft war also gezwungen und verpflichtet, die Rechte der Genossenschaftsmitglieder zu wahren, damit diese mit ihren der Genossenschaft zur Verfügung gestellten Mitteln keinen Schaden erleiden. Oberste Pflicht der Leitung der Genossenschaft war es, das ihnen von den Arbeitern anvertraute Geld, welches das Betriebskapital bildet, nicht zu verschleudern, was ungewissheit geschähen wäre, wenn die unrentabel gewordene Bäckerei in Betrieb erhalten worden wäre. Was die bürgerlichen Zeitungen also unseren Genossen in der Zeitung der Saager Genossenschaft als Vergehen anhängen wollen, ist in Wirklichkeit nur eines ihrer Verdienste. Um aber die Hebe der bürgerlichen Zeitungen gegen unsere Partei ins rechte Licht zu rücken, sei noch festgestellt, daß die Genossenschaft, auch die Saager, ein politisch neutrales Gebilde ist, das auf keinen Fall als Parteiunternehmen betrachtet werden darf.

**Bontius Mussolini.**



— „Ich bin nicht schuld am Tode dieses Geistes!“

**Die Koalitionskrise ungelöst.**

**Verlagerung aller strittigen Fragen in die Herbstsession. — Schließung der gegenwärtigen Tagung in der ersten Juliwoche.**

Prag, 23. Juni. Obgleich die Koalition das Ergebnis der Verhandlungen unter den Parteien über ihr künftiges Arbeitsprogramm in dichten Nebel zu hüllen sucht, ist es doch bereits klar, daß die Entscheidung dahin gefallen ist, die Frühjahrsession in der ersten Juliwoche — man spricht vom 2. Juli — zu beenden, und zwar ohne die vielen strittigen Fragen überhaupt zu behandeln. Es kommen die finanzpolitischen Vorlagen nicht zur Beratung und auch die Handelsverträge werden nicht erledigt. Das Abgeordnetenhaus dürfte außer morgen, Dienstag, auch noch Mittwoch und Donnerstag tagen. Es soll das Gesetz über die Beamtenbeschaffung und das Gesetz über die Gewährung einer Unterstützung von zehn Millionen Kronen an die von Unwetterkatastrophen betroffenen Gebiete beraten und beschlossen werden. Alles andere bleibt liegen!

Am besten charakterisiert die Lage das Regionalorgan, „Narodni Osvobodzeni“, welches schreibt: Die Schwierigkeiten in der Koalition häufen sich, die parlamentarischen Arbeiten sind infolge der Hindernisse ins Stocken geraten, welche die Mehrheitsparteien in obstruktioneller Ausdauer in den Weg legen. Vergeblich sind die Mahnungen, die Forderungen herabzusetzen, denn der Egoismus der Parteien ist viel zu groß. Kaum wird eine Differenz beseitigt, kommen neue Schwierigkeiten. Man muß nicht allzu großer Optimist sein, um voraussehen zu können, daß, wenn selbst die latente Krise in die Herbsttagung hinübergetragen wird, was wahrscheinlich ist, ihre Lösung noch schwerer sein wird als jetzt. Und dann wird es eben keinen anderen Ausweg geben, als: Neuwahlen, für die die Regierung rechtzeitig eine Aenderung der Wahlordnung vornehmen will. In Kreisen informierter Abgeordneter rechnet man damit, daß die Neuwahlen bestimmt im Frühjahr des nächsten Jahres stattfinden werden.

**Irrmeinung oder Irreführung?**

Unter den deutschen Bürgerblättern, die schon durch das Ausmaß, mit welchem sie über die Reise und die Aeusserungen des Präsidenten Masaryk berichten, ganz so wie die tschechische Presse dieses Ereignis zu einer politischen Bedeutung umfunktionalisieren, die ihm gar nicht zukommt, hat sich am Sonntag die „Reichs- und Berger Zeitung“ besonders hervorgetan. Im Leitartikel dieses Blattes stellt nämlich der uns bekannte Herr G—n die Behauptung auf, daß die verfassungsmäßigen Nachvollkommenheiten des Präsidenten Masaryk größer seien als die irgend eines republikanischen Staatsoberhauptes in Europa und folgert daraus:

„Wenn schon Präsident Masaryk öffentlich über öffentliche Dinge spricht, so haben seine Worte nicht bloß die Bedeutung, die ihnen nach der Persönlichkeit des Sprechers gebühren, sondern auch die Bedeutung von Aeusserungen, die namens des Staates getan werden und als solche gelten sollen.“

Wir wollen nicht untersuchen, ob es sich hier um eine Irrmeinung des Herrn G—n handelt, die er allerdings durch einen Blick in die Verfassungsgesetze berichtigen könnte, oder um eine Irreführung, unternommen, um der deutschen Bevölkerung die immer deutlicher zutage tretende Anbiobierung der Parteien des deutschen Bürgerturns an die Parteien der tschechischen Bourgeoisie halbwegs erklärlich zu machen. Es muß festgestellt werden, daß die Verfassung dem Präsidenten der Republik einen nur äußerst geringen Einfluß auf die politischen Geschehnisse innerhalb des Staates gab, einen Einfluß, der sich fast vollkommen auf das Recht der Sanktionierung oder Ablehnung der von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze beschränkt. Es ist geradezu absurd, aus diesem Recht oder gar aus dem zweiten Recht des Präsidenten, über Beschluß der Nationalversammlung den Krieg erklären zu können, abzuleiten, daß die Aeusserungen des Präsidenten namens des Staates getan werden und als solche gelten. Es ist eine aufs ärgste irreführende Behauptung, daß Masaryk mit seinen Aeusserungen „auch für die Regierung und den Staat ein bindendes Bekenntnis abge-

legt“ hätte. Weder die Regierung noch die Parteien, in diesem Falle also die Parteien der allnationalen Koalition, sind durch die Aeusserungen Masaryks im mindesten gebunden. Es ist darum unsere publizistische Pflicht — der wir auch in unserem forntägigen Leitartikel nachzukommen uns bemühen — aufzuzeigen, daß eben nach den verfassungsmäßigen Nachvollkommenheiten des Präsidenten seinen politischen Aeusserungen nur eine persönliche nicht aber eine realpolitische Bedeutung zukommt.

**Die Präsidentenreise.**

Präsident Masaryk, der, wie wir bereits berichteten, am Samstag in Brünn eintraf und gefeiert wurde, empfing dort Sonntag als den Vertreter der deutschbürgerlichen Parteien Herrn Stadtrat Jellinek, der dem Präsidenten eine Sympathieumgebung vortrug und ihm ein Memorandum überreichte. Namens der Brünnner deutschen Sozialdemokraten übergab ihm Genosse Ratschirta gleichfalls ein Memorandum. Masaryk empfing dann noch die Vertreter der Zionisten, der tschechischen und deutschen Technil, der Brünnner Handels- und Gewerbetreibenden, des Landeskulturrates und des Gewerbetrates. Das amtliche Korrespondenzbüro, das fort und fort ellenlange Berichte über jede einzelne Phase der Präsidentenreise ausgibt, verbucht, daß die Führer der diversen Deputationen dem Präsidenten „ihre Ergebnisse“ ausprägten. Die Namen jeder einzelnen Privatperson, mit der Masaryk spricht, wird gewissenhaft registriert. Unter anderem wird auch folgende bedeutungsvolle Episode festgehalten, die sich auf der Fahrt Masaryks zur Universität Spiesske:

Ein kleines Mädchen in Nationaltracht, das mitten im Regen auf der Straße stand, bewog den Präsidenten, den Wagen halten zu lassen. Die Mutter des Mädchens hob die Kleine empor, damit das Kind ins Innere des Wagens sehen könne, da das Automobil des Präsidenten gedeckt war.

Professoren und Studenten begrüßten Masaryk, Masaryk die Professoren und Studenten. Der Abschied war besonders interessant:

Durch Handdruck verabschiedete sich sodann der Präsident von beiden Rednern, worauf der Rektor ihm die Dekane und Professoren der Universität vorstellte. Mit einigen derselben sprach der Präsident und sagte: „Biel von Euch, meine Herren, ferne ich, allerdings seid Ihr viel jünger, und das ist gut.“ Unter Taba-Rufen verließ der Präsident die Aula.

Darauf: Besuch des Geologischen und des Mineralogischen Instituts, Fahrt durch das neue Beamtensiedlung, offizielles Diner mit Militärkonzert, Besuch des Sokolstadions mit Ansprache und Antwort. Beide Nationalhymnen, 25.000 Zuschauer. Sodann „Tee mit Rezeption“, den auch die „Vertreter der Geistlichkeit“ einnahmen. Am Abend: Fahrt über Raigern, „wo dem Präsidenten Brot und Salz, sowie ein Becher Wein gereicht wurde“ (Sokolkapelle, Manöverschiffe), nach Groß-Seelowitz. Dasselbst Serenade. Der historische Tag wurde in denkwürdiger Weise also beschlossen:

Der Präsident verabschiedete sich mit den Worten „Gute Nacht“, worauf ihm erwidert wurde „Auf Wiedersehen“.

Montag verließ der Präsident Groß-Seelowitz, um seine Reise durch Mähren fortzusetzen. Die Reise führte über Brünn, Wischau, Resamitz und Pterau nach Mähr.-Weiskirchen. In sämtlichen Bahnhöfen hatten sich Volksmassen und Vereine mit Fahnen und Musik sowie viel Schuljugend zur Begrüßung eingestellt. Der Zug des Präsidenten berührte Leipzig und deutsches Gebiet. Die Bahnhöfe der deutschen Gemeinden waren ebenfalls von der Bevölkerung besetzt, wie die Bahnhöfe der tschechischen Gemeinden und für mische Feil- und Hochrufe begleiteten den Zug des Präsidenten neben „Radja“ und „Slava“-Rufen.

**Das Justizministerium über das Brechelek.**

Das Justizministerium teilt mit: Das Justizministerium hat an die Staatsanwaltschaften bezüglich des Gesetzes vom 30. Mai 1924 über die Erweiterung der Kompetenz der Strafgerichte und die Verantwortung für den Inhalt von Druckschriften in Sachen falscher Beschuldigung und Ehrabschneidung einen Erlaß herausgegeben, der in den Absätzen, die den Schutz der freien Kritik, die Konfiskationspraxis und die Verfolgung der Korruption öffentlicher Angestellter betreffen, für die weiteste Öffentlichkeit von Interesse ist. Darnach sieht es das Justizministerium für notwendig an, die Staatsanwaltschaften aufmerksam zu machen, daß sich die Regierung mit aller Entschiedenheit dagegen verwarnt, daß ihr die Absicht zugemutet werde, sie wolle sich durch die Verweisung der durch die Presse begangene Ehrenbeleidigungen an Senate die Möglichkeit zur Unterdrückung der öffentlichen Kritik beschaffen. Damit die Grundlosigkeit einer solchen Beschuldigung sich in dem Vorgehen des öffentlichen Anklägers widerspiegeln, ist es unerlässlich, daß die öffentlichen Ankläger, wenn sie es für notwendig halten, subjektiv wegen des Vergehens nach § 1 einzuschreiten oder, falls sie von dem Beleidigten um ein Einschreiten ersucht wurden — wenn es sich um eine bestimmte Beschuldigung handelt —, zunächst Bericht darüber beschaffen, welche tatsächliche Grundlage die Beschuldigung habe, und, ob nicht zunächst versucht werden soll, die Lese des Blattes, das sich der Beleidigung schuldig gemacht hat, durch eine amtliche Berichtigung von der Grundlosigkeit der Beschuldigung zu bekehren. Erst wenn der Staatsanwalt sich überzeugt, daß man durch eine Berichtigung nicht zum Ziele gelangt, oder wenn die

**Die kleine Lotte.**

(25)

Von Simone Bodde.

Uebersetzt von Dr. Anna Ruchbaum, Copyright by Internationaler Verlag „Aenaisance“, Wien.

„Se, Mädchen, willst du wohl? Mußt du die ganze Straße in Beschlag nehmen?“

Ein Radfahrer streift dicht an ihr vorbei, Klingelt ihr heftig in die Ohren. Sie ist mitten auf der Rue Voltaire. Sie erzittert, beginnt zu laufen. — Es war einmal eine kleine Charlotte, neugierig, leidenschaftlich, zärtlich und tapfer. Was wollte sie? Sie weiß es nicht, wahrhaftig, sie weiß es nicht. Und von jetzt ab — wird sie nichts mehr wollen, nichts. Niemals. Das ist so mit einem Male über sie gekommen — vielleicht in dieser Stunde, vielleicht gestern. Was liegt daran?

**VI.**

„Schäfschen — Schäfschen — nein, wer hätte das gedacht! Ist das Leben komisch! Gleich hab ich dich erkannt — weißt du — im ersten Augenblick — hast noch immer dein kleines, zerknittertes Gesicht, deine großen Augen. Sechzehn Jahre bist du alt, sagst du? Armes, schauft aus wie ein kleines Mädchen. Ja, man wird alt. Und hast an mich gedacht? Wie hast du's angestellt, mich zu finden? Nein — weißt du — ich kann's einfach nicht glauben.“

Lucie geht in ihrem großen Zimmer, das von zwei Fenstern erhellt wird, auf und ab. Zwei Betten, ein wackliger Tisch, einige Stühle. Kleider hängen an den Wänden, liegen überall herum. Schuhe stehen vor dem runden Tische. Es ist glühend, der scharfe Geruch mengt sich mit dem der Petroleumlampe. Rauchend und schwitzend, ohne Schirm, steht sie auf dem Tisch. Auf dem

Raminstein, neben einem Glas, in dem einige Blumen welken, ein Kamm, voll von Haaren.

Lucie ist eine hochgewachsene Frau ohne bestimmtes Alter. Die Brüste schauen unter der geöffneten Jade. Gebranntes Haar; sehr gepudert, sehr verblüht. Aber immer noch hat sie ihr freches Aussehen, das so trügerisch ist. Charlotte sitzt auf einem Stuhl, schaut sie unter Tränen an; zu ihren Füßen auf dem Boden die Schachtel. Ihre Geschichte ist einfach: Mutter hat sie gescholten, sie ist davongelaufen. Wachte nicht, wohin sie wendete, war durch die Straßen geirrt, wollte sterben. Schon stand sie vor dem Wasser. Es war so häßlich, so schwarz, so schrecklich. Plötzlich erinnerte sie sich dunkel an Lucie, die gut zu ihr gewesen, als sie noch klein war und in der Rue des Mignottes wohnte. Mignottes, das heißt natürlich Mignottes — ein hübscher Name. Nur hat sie alle Häuser der Straße abfragen müssen, weil sie die Nummer vergessen hatte. Endlich sagte ihr eine Hausbesorgerin, daß Mutter Parent gestorben sei. Der Sohn und die zwei Töchter hätten sich auf Montmartre, Rue Marcadet, niedergelassen.

„Wenn sie noch dort sind!“  
„Und wir sind da — zum Glück sind wir da. Sind wir noch nicht nach Montrouge ausgezogen. Das wäre ein Marsch für dich gewesen! Ins Wasser gehen! Kleines — du brichst mir das Herz. Ach nein — weißt du — du warst immer was Besonderes — aber komisch ist es! Im übrigen — der Bruder — der hat uns sitzen lassen.“

„Ach —“  
„Ja. Ich vermisste ihn nicht, daß du's nur weißt. Scheinst dich für die Familie zu interessieren. Wir leben sehr gut zusammen, Georgette und ich. Nur braucht diese Frau immer jemanden und hat sie schon einmal einen anständigen Kerl, kann sie's nicht ruhig bei ihm aushalten. Heute abend bummelt sie. Weißt du — der Weinige ist beim Militär. Ja, er ist jünger als ich.

Es ist eine Dummheit, was willst du? Ich hatte geschworen, auf keinen Mann zu fliegen — plötzlich hat's mich. Siehst du — es wäre besser, gleich damit anzufangen, weil man schließlich doch so endet. Uebrigens — er ist sehr nett, wirft selbst sehen, wenn du ihn kennenlernst. Er ist Jutwelier, ein richtiger. Ich — ich will keine Männer hier haben während seiner Abwesenheit. Bist kein ist's ja nicht hier, aber immer besser als unter den Brüdern. Paßt Georgette die Lebenslust, sag ich ihr: Schau, daß du fortkommst! Oh, sie kehrt wieder, es dauert nicht lang. Sie ist nur zu froh, mich wieder zu haben. Weißt du noch — die Ehebestecke deiner Mutter?“

„Ja.“  
„Hast du nicht gedacht, ich hab sie gestohlen? Paßt das doch nicht glauben können, Schäfschen, gelt? Du warst damals nur ein kleines Ding, aber ich hab schon gemerkt, daß du mich schätzt. Ich hab keine Erziehung, aber niemals habe ich jemanden auch nur um einen Centime gebracht. Ein Kerl von Georgette hat sie gemaußt. Das Weibsbild — na — ich hab's ihr gehörig gegeben! Aber — nicht wahr? — Man kann sich gegenseitig nicht umbringen für Ehebestecke. Und dann — konnte sie nicht ersehen, mit dem, was ich bei deiner Mutter verdiente. Essen muß man. Eine böse Sieben, deine Mutter, ein verurteilt böses Weib. Paßt schon viel mit ihr durchmachen müssen. Sie wird dich holen kommen. Vielleicht war's besser, du gehst heim.“

„Nein.“  
„Hast du Geld?“  
„Ich habe fünfzehn Franken!“  
„Schönes Vermögen! Paßt wohl nicht die Absicht, dein ganzes Leben davon zu zehren!“  
„Ich werde arbeiten. Ich habe gelernt.“  
„Hast gelernt! Mein armes Dummchen, glaub schon, daß du's kannst! Wie du noch so klein warst — Wiß und Verstand hast du schon immer gehabt. Weißt du noch — Marie — die „Gei-

raten“ spielte? Stell dir vor — sie ist auf und davon mit dem Mann ihrer Arbeitgeberin, ja, meine Liebe, auf und davon nach England. Die Alte war übrigens gar nicht verheiratet — nur so — weißt du — wie Kameraden. Marie und der Ährige haben ein Geschäft gegründet — nicht für Peiraten — eher ein Büro für — Stellenvermittlung. Na — ganz reinlich ist die Sache nicht! Sicher hast du noch nicht zu Abend gegessen und ich schwach und schwach. Schaut aber vertattert aus — Armes — nein — also ich bin paff! Wenn man mir das gesagt hätte. Zieh deine Fegen runter. Ich habe Suppe und Kaffee. Schäfschen, Schäfschen! Rein, so was. So sprich doch.“

„Berzehl, Lucie, ich komm von weit. Es ist sehr weit.“ Charlotte kann nicht essen, fällt um vor Müdigkeit. Lucie muß sie auskleiden, in eines der Betten schlafen legen. Sie schläft sofort, schwer und tief.

Am nächsten Morgen, wie sie gegen sieben Uhr erwacht, steht sie Lucie im Hemd vor dem Ofen knien, im Begriff, Feuer zu machen. Lucie wendet den Kopf, lächelt der Kleinen zu:

„Wirft nen Topf Milch trinken, bleib in der Klappe. Wird dir gut tun. Schaut nicht gerade blendend aus. Heute ist Feiertag, Morgen ... Magst nicht zu deiner Mutter zurück?“

„Nein, Lucie.“  
„Wirft es gefallen finden, das Leben. Na — ist schließlich deine Sache. Höre — hab nachgedacht. Kann dich nicht hier behalten. Erstens wird dich deine Mutter suchen — die Krachbürste. Wo? Natürlich bei alten Freunden. Sie muß schön verblüfft sein, daß du nicht wieder da bist. Dann — Georgette wird anrücken. Manchmal kommen ihre Kerle um sie — passiert es dir, daß du ihnen gefällst, daß sie auf dich fliegen — dann ist's aus mit dir. Weinst du?“

(Fortsetzung folgt.)

Beschuldigung nach der freiwillig abgedruckten oder erzwungenen Berichtigung wiederholt wurde, obwohl sie unbegründet ist, soll die subjektive Strafverfolgung eintreten. Auch das Konfiskationsverfahren müsse sich streng davor hüten, sich dem Vorwurfe anzuschließen, daß es in Fällen begründeter Beschuldigung die Wahrheit unterdrücke und Personen dede, die mit Recht angegriffen wurden. Es sei unzulässig, daß die Kritik der Handlungen der öffentlichen Behörden in irgend einer Weise beschränkt werde und eine Behörde, die sich einer solchen Einschränkung schuldig mache, müsse streng zur Verantwortung gezogen werden. Damit dem Vorwurfe, daß die Absicht bestehe, die Korruption und andere Straftaten zu decken, sei es durch Verfolgung wegen Beleidigung oder durch Konfiskation, jede Grundlage genommen werde, sei es notwendig, daß die Staatsanwaltschaft die Presse als Grundlage für die Verfolgung von Straftaten sorgfältig beachte. Kritiken, die Beschuldigungen öffentlicher Angestellter beinhalten, müsse die Staatsanwaltschaft erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Sie darf nicht die Aufgaben der öffentlichen Presse im öffentlichen Leben vergessen, sowie auch nicht den guten Glauben, den die breiten Volksschichten der Presse schenken. Das Gesetz soll zur Reinigung des öffentlichen Lebens dienen, indem tatsächliche Verschuldungen streng verfolgt werden, aber auch grundlose Beschuldigungen an den Beschuldigten gestraft werden. Das Justizministerium erwartet, daß die Staatsanwaltschaften den Bestrebungen des Gesetzes nach Reinigung der Beamenschaft sowohl von wirklicher Korruption als auch hinsichtlich des Schutzes dieser Beamenschaft vor grundlosen Beschuldigungen und Beschimpfungen des gesamten Staates durch solche wilde Beschuldigungen, freie Bahn schaffen werde.

### Letzte Nachrichten:

#### Matteotti.

##### Protestversammlung in Genf.

Genf, 23. Juni. Unter Vorsitz des schweizerischen sozialistischen Nationalrates Rosselli protestierte gestern abends eine von der Genfer sozialistischen Partei und den Gewerkschaften einberufene Volksversammlung gegen die Ermordung Matteottis, an dessen Familie ein Sympathietelegramm gesandt wurde, sowie gegen die faschistische Herrschaft. Nebenhielten die anlässlich der internationalen Arbeiterkonferenz hier weilenden Mitglieder des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, die Arbeiterdelegierten Johaug (Frankreich), Mertens (Belgien), Boulton (England), Oudegeest (Holland) sowie andere Gewerkschaftsvertreter. Die hiesige italienische faschistische Organisation sandte an Mussolini ein Telegramm, in dem sie darauf hinweist, daß vier offizielle Delegierte auf der Arbeiterkonferenz an der Protestversammlung teilgenommen hätten.

##### Protestkundgebung in Paris.

Paris, 23. Juni. Bei den gestrigen kommunistischen Protestkundgebungen gegen die Ermordung Matteottis und gegen den internationalen Faschismus sind vier Polizisten und 12 Manifestanten verwundet worden. Elf Personen wurden verhaftet.

##### Eine Note an Deutschland.

Brüssel, 23. Juni. (Gavas.) Derriot und sein Gefolge sind am 6. Uhr abend hier eingetroffen. Der Berichterstatter der Gavas-Agentur meldet, daß Derriot und Macdonald den Text einer Kollektivnote verfaßt haben, die unverzüglich an Deutschland gerichtet wird, sobald der Text den belgischen Ministern bekanntgegeben und von ihnen

gebilligt sein wird. In dieser Note wird die Aufmerksamkeit der führenden Kreise in Deutschland darauf gelenkt, daß es in ihrem Interesse liegt, materielle Pfänder ihres guten Willens zu geben, wenn sie wollen, daß die normalen Beziehungen zwischen ihrem Staat und den Alliierten wieder hergestellt werden sollen. Insbesondere solle Deutschland vor dem 30. Juni auf die letzte Note, die ihm von der Vorkonferenz über die Abrüstung am 29. Mai geschickt wurde, Antwort erteilen.

#### Der Achtstundentag.

Genf, 23. Juni. (Schw. Dep. Ag.) Der heutigen Sitzung der internationalen Arbeiterkonferenz lag der Jahresbericht vor. Bezüglich des Achtstundentages und der 48 Stunden-Woche besagt der Bericht, daß nur 5 Staaten, nämlich Griechenland, Rumänien, Bulgarien, die Tschechoslowakei und Indien, das im Jahre 1919 in Washington geschlossene diesbezügliche Abkommen bedingungslos ratifiziert haben. Oesterreich hat es unter gewissen Bedingungen ratifiziert. Die bloße Existenz des Abkommens, obwohl es noch nicht ratifiziert ist, hat in manchen Ländern dazu beigetragen, soziale Reformen auf dem Gebiete der Arbeitszeit herbeizuführen. So ist in der Schweiz die 48-Stundenwoche in den Fabriksbetrieben im Prinzip bestätigt worden. In England ist von der Regierung Macdonald eine Vorlage, welche die Ratifikation des Übereinkommens vorbereitet, angekündigt worden. Andererseits muß hervorgehoben werden, daß in Deutschland der 8-Stundentag durchbrochen wurde und daß dort die Arbeitszeit in gewissen Betrieben 9, ja sogar 10 Stunden betragen kann. Wie verlautet, wird die Arbeitergruppe im Prinzip fordern, daß die an den Reparationen beteiligten Staaten die allgemeine Aufrechterhaltung des 8-Stundentages in dem von ihnen abzuschließenden Reparationsübereinkommen festlegen.

Der französische Arbeitsminister Justin Godart ist in Genf eingetroffen. Wie verlautet wird Godart die Stellungnahme der neuen französischen Regierung zu dem von der früheren Arbeiterkonferenz angenommenen internationalen Übereinkommen darlegen. In bezug auf das Washingtoner 8-Stunden-Abkommen wird er daran erinnern, daß Frankreich zu den ersten Staaten gehörte, die es durchführten und er wird mitteilen, daß er bereit ist, das Abkommen zu ratifizieren, falls auch die anderen in Betracht kommenden Industriestaaten das gleiche tun. Was die Frage der Abschaffung der Nachtarbeit in den Bädereien betrifft, so ist der Minister einer der überzeugtesten Anhänger dieser Forderung.

#### Niederlage der Extremisten in Anhalt.

Desau, 23. Juni. (Wolff.) Die Wahlen zum anhaltischen Landtage sind ruhig verlaufen. Bis 12 Uhr nachts lagen bis auf zwei industrielle Gemeinden, die möglicherweise noch eine kleine Verfechtung bringen können, die Ergebnisse vor. Darnach erhalten die Deutsche Volkspartei 6 Sitze, Bodentreformer 1, Demokraten 1, Landbund 3, Deutschvölkische 2, Deutschnationale 4, Hausbesitzer (Stadt und Land) 1, Wirtschaftspartei 1, Kommunisten 4, Sozialdemokraten 13. Die Sozialdemokraten behaupten gegenüber der Reichstagswahl vom Mai ihren Besitzstand. Die kommunistischen Stimmen sind von 22.000 auf 16.000, die der Deutschvölkischen von 9600 auf 7100 zurückgegangen. Die Demokraten büßten 4000 Stimmen ein.

#### Herriots Unterredung mit Hoeft.

Paris, 21. Juni. Das „Journal“ erfährt, daß im Verlaufe der gestrigen Unterredungen zwischen Herriot und dem deutschen Vorkonferenzpräsidenten die Frage der Räumung der Ruhr und die Lage im rheinisch-westfälischen Gebiet behandelt

worden sei. Mit der Unterredung sei auch die Demarche des deutschen Vorkonferenzpräsidenten in London und das Einschreiten der deutschen Regierung beim englischen Vorkonferenzpräsidenten in Berlin in Zusammenhang zu bringen, welche bezwecken, eine formelle Zusage bezüglich der Ruhr-Revakuiierung zu erhalten, welche zugleich mit der Räumung von Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort vor sich gehen soll. Sobald der Reichstag die Gesetzesmaßnahmen bezüglich der Ausführung des Expertenplanes angenommen haben wird. Diese Frage werde, wie das Blatt meint, sicherlich auch bei den morgigen Beratungen in Chequers besprochen werden.

#### Ausland.

##### Matteotti und die Kommunisten.

Deutsche und französische Kommunisten, „Rote Fahne“ und „Humanität“, gebärden sich sehr empört über die Ermordung des Sozialistenführers Matteotti durch die Faschisten und tun so, als ob es in der Macht der italienischen Arbeiterklasse läge, die Mussolini-Herrschaft über Nacht niederzuwerfen. Die „Rote Fahne“ wirft in ihrer Sonnabendnummer den italienischen Sozialisten vor, sie hätten „erneut“ Mussolini dadurch „gerettet“, daß sie die Parole des Generalsekretärs nicht ausgegeben hätten.

Vor zwei Jahren haben wir dasselbe widerliche Schauspiel erlebt, daß die deutschen Kommunisten, die monatelang eine fast ebensolche infame Hetze gegen Rathenau betrieben hatten wie die Reaktion, sich nach dessen Ermordung anmaßten, die Führung in der Protestbewegung der Arbeiterklasse übernehmen zu wollen.

Ähnlich im Fall Matteotti. Als Führer der italienischen einheitssozialistischen Partei war Matteotti seit Monaten das Ziel der gemeinsten kommunistischen Angriffe, die in seiner Beschimpfung mit den Faschisten geradezu weiterleiteten. Erst wenige Wochen vor seiner Ermordung war Matteotti in Paris gewesen, und er sprach damals in einem Kreise führender französischer Genossen in bewegten Worten über die niederträchtige Haltung der italienischen Kommunisten gegenüber der sozialistischen Partei überhaupt und in seiner Person insbesondere. Er sagte unter anderem, er hätte lange Zeit gehofft, daß die italienischen Kommunisten endlich einsehen würden, daß angesichts der konterrevolutionären Herrschaft des Faschismus eine Ueberbrückung der Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse mehr denn je nötig sei. Er selbst habe lange Zeit die Hoffnung nicht aufgeben wollen, daß die Kommunisten aus den Fehlern der Nachkriegszeit endlich lernen würden und daß sich eine Einheitsfront mit ihnen ermöglichen ließe. Leider habe er sich zu einer anderen Auffassung bekehren müssen, denn die Kommunisten benähmen sich derart, daß man viele ihrer Führer buchstäblich für agents provocateurs des Faschismus halten müsse. Und so werde der Einheitssozialistischen Partei nichts anderes übrig bleiben, als mit aller Kraft den Kampf gegen zwei Fronten zu führen: gegen die Faschisten und gegen ihre kommunistischen Helfer.

So sprach Matteotti wenige Wochen vor seinem Märtyrertode über die Soldlinge Sinowjew. Deshalb ist jedes Wort, das die Kommunisten heute über ihn verlieren, Heuchelei und Zeichen schändung!

#### Hauptversammlung des Touristenvereines, „Die Naturfreunde“.

Sonntag, den 21. Juni, vormittags 9 Uhr, fand im Galeriefaal des „Volkshauses“ in Ruffig die ordentliche Hauptversammlung des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ statt. Genosse Dietl eröffnete die Versammlung. Er wies auf die schwere Zeit hin, die die Arbeiterschaft in den letzten Monaten hatte durchmachen müssen. Die „Naturfreunde“-Organisation hat aber diese schwere Zeit glücklich überstanden. Es war möglich, die Organisation auszubauen und viele neue Mitglieder zu

werben. Er begrüßte sodann Genossen Volkert als Vertreter der „Naturfreunde“-Internationalen und Genosse Lahmer als Vertreter der Freiburger-Organisation und die Arbeiterpresse. In das Präsidium wurden die Genossen Dietl und Hahn als Vorsitzende und Genosse Keller als Schriftführer entsendet.

Die Versammlung gedachte sodann der Toten, vor allem Rohrauer's, der seit seinen jungen Jahren die „Naturfreunde“-Bewegung förderte und ihr bedeutendster Führer war. Schließlich gedachte der Vorsitzende noch des armen Genossen Brada'sch, der auf einer winterlichen Wanderfahrt in der Nähe des Jinnwalder Schutzhauses erfroren ist. Begrüßungsschreiben sind von der Radfahrer-Organisation und von den sächsischen „Naturfreunden“ eingetroffen.

Genosse Volkert begrüßt sodann die Konferenz namens der „Naturfreunde“-Internationalen und weist auf den hohen kulturellen Wert des Arbeiterwanderns hin. Genosse Lahmer wünscht namens der Freiburger-Organisation der Konferenz den besten Erfolg.

Der Bericht des Genossen Dietl weist auf das starke Wachstum der Organisation hin. Seit der letzten Hauptversammlung sind beinahe drei Jahre verstrichen. Damals mußte die Form erst gebildet und die systematische Arbeit in die Wege geleitet werden. Was damals nur als Form schien, der Reichsausschuß, hat sich seitdem mit dem Gesamtverein zu einem Gebilde entwickelt, das heute Notwendigkeit ist. Das Wachstum war der Erfolg der zielbewußten Tätigkeit in den Gauen und Gruppen. Während zur Hauptversammlung in Prag 2321 Mitglieder in 22 Ortsgruppen standen, sind es mit Ende 1923 deren 6235 in 67 Ortsgruppen, gewiß eine ganz ansehnliche Steigerung. Heute stehen die Ortsgruppen nicht mehr rat- und hilflos da, sondern es stehen ihnen in jeder Beziehung Befehle zur Verfügung. Der Erfolg konnte uns mit Freude erfüllen. Aber nichtdestoweniger müssen wir sagen, daß das erst den Anfang bedeuten soll. Viele hunderttausende von Arbeitern, die in den Organisationen der Arbeiterschaft stehen, sind der Bewegung noch fremd und müssen für sie gewonnen werden. Das Reich der Vertrauensmänner muß ausgebaut werden, die freiwillige Mitarbeit muß sich verbreitern, aber auch die Mittel, die zu all dem Nünftigen notwendig sind, müssen zur Verfügung gestellt werden.

Vergessen wir nicht, daß jene, die in den letzten Jahren zu uns stießen, von vornherein, wenn auch vielleicht nur unbewußt, Anhänger unserer Sache schon waren, bei denen es nur des Anstoßes bedurfte. Heute aber müssen wir die Arbeiter in den Werkstätten und Zusammenkunftsorten aufsuchen und sie durch Veredamkeit zu gewinnen versuchen. Der schwerere Teil der Arbeit beginnt und da müssen Befehle mannigfacher Art beigestellt werden, deren Verbeischaftung sehr oft nur mit finanziellen Opfern zu erreichen ist. Das müssen wir bedenken. Ueber manch andere Frage wird noch zu sprechen sein. Doch bei dem Geiste, der in unserer Mitgliedschaft herrscht, ist uns nicht bange.

Genosse Edward Müller erstattete sodann den Kassabericht. Aus dem Kassabericht geht erfreulicherweise hervor, daß große Geldbeträge für die Bildungsarbeit ausgegeben wurden. Genosse Dietl teilt in Abwesenheit der Kontrolle mit, daß Bücher und Belege geprüft und in bester Ordnung befunden wurden.

Der Bericht über die Presse betonte die Notwendigkeit der Fachpresse und schilderte die Entwicklung des „Berg frei“ aus einem viersseitigen Mitteilungsblatt zu einer anspruchsvollen Zeitschrift.

In der Debatte sprechen die Genossen Hübel und Storch über die Wintersportsektionen. Genosse Hummer verlangt eine Zusammenfassung der Wintersportsektionen, Genosse Zich bepricht die Heimfrage. Genosse Rase fordert die Schaffung eines Zentralorganes für die Tschechoslowakei, während Genosse Gangel für die Beibehaltung des nordböhmischen Mitteilungsblattes eintritt. Als Zentralorgan gelte ja der „Naturfreund“. Genosse Zich verlangt einen schärferen Kampf gegen Alkohol und Nikotin. Genosse Horn verlangt eine bessere Ausgestaltung des „Berg frei“. Nach dem Schlusssatz des Genossen Deutsch wird die Vormittagsitzung geschlossen.

### Begannerte Königl. Gaunerei.

Eine sonderbare Bundesgenossenschaft. — Ein Schurke unter weißer Flagge.

Aus dem Holländischen (Saagsche Post) übersetzt von Reinhold Grasreiner.

Dadurch, daß nach der Revolution das Hof- und Hausarchiv der Hohenzollern geöffnet wurde, ist auch ein Altentstück ans Licht gekommen, das die Siegelbewahrer für alle Zeiten der Vergessenheit anheimgefallen wählten und das nun doch das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Es betrifft Notizen und Berichte des Königlich Preussischen Spionagedienstes, Erinnerungen aus dem Siebenjährigen Kriege (1756 bis 1763) und verschiedene Tatsachen über eine Angelegenheit, die als Kulturkuriosum und als kriegsgeschichtliche Besonderheit ihresgleichen nicht hat. Das Altentstück, das den Titel „Käsebieter“ trägt, deutet Beziehungen auf zu einer Bundesgenossenschaft, die König Friedrich II. von Preußen mit dem größten Dieb und Einbrecher des 18. Jahrhunderts geschlossen hat und die für den König endigte mit einem Schlag, der nicht allein entscheidend war für die Weltgeschichte, sondern auch im besonderen Einfluß auf das Los der Stadt Prag für Jahrhunderte ausübte.

Nach der Schlacht bei Stierhof belagerte Friedrich II. mit beinahe seiner ganzen Wehrmacht die Stadt, worin sich das große österreichische Heer unter Karl von Lothringen zurück-

gezogen hatte. Obwohl die Stadt so hermetisch abgeschlossen war, daß weder Nahrungsmittel noch Sendboten von Maria Theresiens Hof hineinkommen konnten, und obgleich das Bombardement und die Hungersnot schrecklich waren, übergab sich die Stadt dennoch nicht. Nun ließ König Friedrich, obgleich die Generale Keith und Winterfeld es ihm widersprachen, den durch seine Verliebtheit und Waghalsigkeit weltbekanntem Dieb Käsebieter ins Feldlager vor Prag entbieten zu dem Zwecke, ihm aufzutragen, in die Stadt zu schleichen und entweder Bericht zu bringen oder mittels Bestechung der Wachen und durch Brandstiftung Prag in die Hand der Brandenburger zu spielen. Das erwählte Werkzeug kam am 12. Juni 1757 um halb zehn Uhr ans Ziel im Schloß Stern an und der Dieb wurde unmittelbar durch den König empfangen. Die Audienz dauerte ungefähr eine Stunde.

Schon die ersten Worte, die zwischen dem König und Käsebieter gewechselt wurden, verrieten den kommenden Konflikt. Käsebieters Hände waren nämlich gefesselt mit einer starken Kette, woran eine schwere eiserne Kugel hing. „Bist du während der ganzen Reise so gefesselt gewesen?“ fragte der König. „Nein, Majestät, erst als ich das Feldlager betrat, legte der Transportkommandant mir diese Kette an.“ Der König antwortete nun mit einer unverhohlenen Geringschätzung: „Es paßt dir nicht, diese Besonderheit zu vertragen.“ „Majestät“, verteidigte sich Käsebieter, „ein preussischer Leutnant, der glauben kann, daß der große Käsebieter flüchten würde, wenn er vor dem großen König gebracht wird, sollte nicht würdig

sein, noch länger im Dienst des großen Königs zu bleiben.“ Der König scheint über diese Antwort sehr erstaunt gewesen zu sein, und sein Zorn nahm noch zu, als er mit seinem Auftrag herausrückte und Käsebieter ihm in die Rede fiel mit einer genauen Angabe der Art und Weise, wie er nach Prag hineinschleichen, und welche Mittel er anwenden wollte, um die Stadt für den König stehlen zu können. Der König brauchte den Vorschlägen Käsebieters nur hinzuzufügen, daß alles binnen drei bis vier Tagen geschehen sein müßte. Darauf antwortete Käsebieter: „So, ist das Entschäfer so nahe hier?“ Die Bemerkung überraschte den König und den anwesenden Marschall Keith aufs äußerste. In der Tat hielt sich seit ungefähr vier Wochen der österreichische Feldmarschall Daun mit dem für die Entsetzung von Prag bestimmten Heer bei Kolin auf, und es sollte nach ungefähr vier Tagen zu dem entscheidenden Schlage kommen. Und nun sollte der König einen Schurken als Spion in die Stadt hineinschlecken, der erraten hatte, daß das Entschäfer im Anzuge war? „Wie kommst du dazu“, rief Friedrich aus, „was redest du von einem Entschäfer? Es ist keine Rede von einem Entschäfer!“ Käsebieter ließ sich jedoch nicht verbiffen und wich ironisch aus: „Wie Eure Majestät befehlen!“ Während der „ziemlich aufgeregten“ Audienz nahm Marschall Keith den König zur Seite und warnte ihn vor dem Dieb, der ein so schwerwichtiges Kriegsgeheimnis kannte; er solle ihn doch nicht zu dem Feind senden. Friedrich II. jedoch, der nun doch einmal den Missetäter aus Stettin hatte kommen lassen, wollte diesen auch

gebrauchen und antwortete bloß: „Man soll ihm darin doch nicht glauben. Er hat ja doch immer im Gefängnis gesessen und am Schandpfahl zur Schau gestanden. Einem solchen Menschen glaubt man nicht.“

Nun wandte sich Friedrich an Käsebieter, und um ihn einigermaßen günstig zu stimmen, forderte er ihn auf, einen seiner berühmten Schelmstreiche zu erzählen. Des weigerte sich Käsebieter höflich, aber bestimmt, sagend, daß er nicht so auf Kommando etwas erzählen könne, dazu sei er bloß bereit in einem Freundeskreise und bei einem Gläschen Bier.“ „Du denkst wohl, daß ich dich an die Hofstafel einladen werde!“ rief der König auf. Käsebieter soll — nach den Aufzeichnungen des Adjutanten Hohenau — darauf wörtlich geantwortet haben: „Spottet nicht, Majestät. Wenn ich zurückkomme, kann es wohl sein, daß Sie mich an der Hofstafel Platz nehmen lassen. Im Krieg kann es ein Verdienst sein, ein Bösewicht zu sein. Wenn jemand den Feind tötet, dann ist er kein Mörder, sondern ein Wörderknecht; wenn jemand in eine feindliche Stadt einbricht, so ist das kein Einbruch, sondern eine Heldentat. Und wenn morgen das kaiserliche Hauptquartier in Prag in Flammen aufgeht, können Eure Majestät schwerlich sagen, daß Käsebieter ein Brandstifter ist.“ Als er über die Brandstiftung zu sprechen anfang, brauste der König auf und rief: „Du wirst auch mit anderen Belohnungen zufrieden sein; ich werde dir Gnade schenken und Geld geben.“ Damit war die Audienz beendet.

Wirklich glückte es Käsebieter, in die Stadt zu

### Nachklänge zum Bankrott der „Bohemia“-Bank.

# 2,800.000 K<sup>č</sup> veruntrent.

## Dr. Rubiöel vor Gericht.

Prag, 23. Juni. Vor einem Straffenal des OGH. Bouček begann heute der für zwei Tage anberaumte Prozeß gegen Dr. Rubiöel, der angeklagt ist, 2,800.000 K veruntrent zu haben, die ein Teil des Geldes sind, die ihm die „Bohemia“-Bank zum Ankauf von „Griotte“-Aktien übergeben hatte.

Dr. Josef Rubiöel war seit 12. Mai 1922 Vorsitzender des Verwaltungsrates der Aktienbank „Bohemia“ in Prag und gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates der Aktien-Gesellschaft „Griotte“ in Rumburg. Im Frühjahr 1922 wurde in der gesamten Spiritusindustrie eine Gesellschaft organisiert; gleichzeitig wurde das neue Spiritusgesetz in Vorbereitung genommen. Die Finanzierung dieser Gesellschaft ist allen Banken ermöglicht worden, welche an der Spiritusindustrie engagiert waren. Da jedoch die Bank „Bohemia“ eine derartige Legitimation bisher nicht hatte, bemühte sich Dr. Rubiöel als Vorsitzender des Verwaltungsrates dieser Bank in irgend einem Spiritus-Industrieunternehmen die Majorität zu erlangen. Ueber seinen Antrag wurde in der Sitzung des Kreditausschusses der Bank „Bohemia“ am 12. Juni 1922 beschlossen, sich mit zehn Millionen K<sup>č</sup> an irgend einem Spiritus-Unternehmen zu beteiligen. Die Aktien-Gesellschaft „Griotte“ in Rumburg verhandelte zu Beginn 1922 über die Erhöhung ihres Aktienkapitals von 400.000 K auf drei Millionen K durch Ausgabe neuer Aktien und zwar 13.000 Stück Aktien zu den vom Innenministerium festgesetzten Kurs von 230 K per Stück. Der Verwaltungsrat beschloß 7000 Stück der Aktien neuer Emission anderswo zu placieren. Dr. Rubiöel führte die Placierung in der „Bohemia“-Bank durch. Durch Vermittlung des Direktors der „Bohemia“-Bank Rudolf Waigner, gab er am 14. Juni 1922 den Auftrag, daß die „Bohemia“-Bank der Böhmischen Industriebank in Prag aus Emissionsrechnung der Unternehmung „Griotte“ drei Millionen K ausleihe, wofür alle neuen Aktien — 13.000 Stück — der Unternehmungen „Griotte“ gekauft werden sollten; außerdem ließ sich Dr. Rubiöel am 27. Juli 1922 zu seinen Händen mittels eines sogenannten weißen Schecks des Banknotens von der „Bohemia“-Bank vier Millionen K auszahlen.

Nach einiger Zeit ersuchte Dr. Rubiöel die Direktion der „Bohemia“-Bank, ihm der Ordnung halber zu bestätigen, daß ihm sieben Millionen K ausgezahlt wurden. Im Zusammenhang mit der erwähnten Bestätigung wurde vom Direktor Waigner am 8. August 1922 der Liquidator der Bank der Auftrag erteilt, zwecks buchhalterischer Durchführung die Beträge 3.000.000 Kronen und 4.000.000 K auf dem bisherigen Konto „Auszahlungen in K<sup>č</sup>“ zu stornieren und mit dem gleichen Betrag (sieben Millionen K) das neue „Interimskonto“, Spindalkonto „Griotte“ zu belasten, wogegen Präsident Dr. Josef Rubiöel der Bank 7000 Stück Aktien „Griotte“ übermitteln läßt. Rudolf Waigner erklärt, Dr. Rubiöel habe wiederholt versprochen, die Abrechnung über die sieben Millionen K vorzulegen, was jedoch nicht geschehen sei, so daß Waigner sich keinen Rat wußte.

Rubiöel gibt an, er habe 500.000 K den einzelnen alten Aktionären der Firma „Griotte“, Viktor Bantoch 50.000 K, dem Buchhalter Wenzel Loukota 50.000 K, der Kassa der Firma „Griotte“ 118.000 K, ferner an den Preshburger Verband 70.000 K bezahlt, weiter zur Deckung verschiedener Rechnungen 243.000 K und zur Verrechnung von Darlehen 108.500 K bezahlen müssen. Immerhin verbleibt noch ein Rest von 2.800.000 K, die Dr. Rubiöel von der „Bohemia“-

Bank bezahlte bekam und die er für sich behielt. **Rubiöels Verantwortung vor Gericht.** Der Angeklagte erklärt sich für unschuldig. Die Transaktion, die er für die „Bohemia“-Bank durchführen sollte, begann im Jahre 1922. Man müsse keinen Plan, den er konsequent durchführen wollte, vom Gesichtspunkte der damals herrschenden Lage im Wirtschaftsleben beurteilen. Die Wirtschaftslage stand damals im Zeichen des Niederganges der tschechischen Krone. Niemand ahnte die Katastrophen, die jedem Unternehmen drohten. Seine Transaktion sei dann gewaltsam unterbrochen worden, so daß es zu deren Beendigungen nicht kam. Die gesamte Journalistik hat sich dieses Falles bemächtigt, wobei Nachrichten austauschten, als hätte der Ministerrat sich mit der Angelegenheit befaßt. Daran sei kein Wort wahr. Es ist eine politische Sensation von diesem Prozeß durchaus nicht zu erwarten. Es ist ein einfacher juristischer Fall, dessen Aufklärung hier erfolgen wird.

Der Angeklagte schildert dann die Grundlage der von ihm beabsichtigten Transaktion, namentlich die Verhandlungen, die sich auf die Aushebung der Spirituszentrale bezogen. Es sollte an Stelle der Zentrale eine private Gesellschaft treten, die auch die Finanzierung übernehmen sollte. Der Angeklagte weist darauf hin, daß in Wien die Finanzierung der Spiritusindustrie einzelne Banken übernahmen, so daß auch hier die Beteiligung verschiedener Bankunternehmen zu erwarten war. Im Jahre 1922 bildete sich die sogenannte Spiritus-Pölla, der der Angeklagte auch angehörte. Man erwartet, daß noch im Juli die Spirituszentrale liquidieren werde, doch wurde der ganze Plan bis zum Herbst vertagt. Dr. Rubiöel macht darauf aufmerksam, daß er in der Frage ein starkes Veto gegen die Textierung einlegte, was als Beweis dafür dienen müsse, wie er seine Stellung in der Bank von der Funktion eines Abgeordneten schied.

Der Angeklagte bespricht dann die im Ministerium im August abgehaltene Enquete und kommt auf den Zusammenbruch der „Bohemia“-Bank zu sprechen, sowie auf seine Verpflichtung, die von der „Bohemia“-Bank gekauften Aktien der Griotte-A.G. zu demselben Preis zurückzukaufen, wie sie die Bank verkauft hat. Da die Direktoren der „Bohemia“-Bank Angst vor eventuellen Verlusten hatten, falls die Bank die ihr zukommende Quote aus der Beteiligung an der Spiritusindustrie nicht erhalten sollte, erklärte sich Dr. Rubiöel bereit, die Aktien zu demselben Preise wieder zurückzukaufen. Es kam jedoch inzwischen zum Zusammenbruch der Bank und zur Revision in der Bank. Nach erfolgter Anzeige seitens des Revisors des Finanzministeriums kam es dann zu jener schriftlichen Verpflichtung Dr. Rubiöels, die Aktien zurückzukaufen. Dieser Kauf ist dann tatsächlich auch erfolgt.

**Das Gericht sprach den Angeklagten frei, mit der Begründung, daß die böse Absicht fehle und daher der Tatbestand des Verbrechens der Veruntrentung nicht gegeben sei.**

### Im Benzinprozeß

wurde heute die Einvernahme verschiedener Zeugen fortgesetzt, die aber kein wesentlich neues Licht in die schon zum Ueberdruß behandelte Materie brachte und einige Protokolle verlesen. Die wichtigsten Zeugen werden erst nach Beendigung des zivilen Teiles des Prozesses, also nicht vor Donnerstag, einvernommen werden. Dramatisch dürfte wahrscheinlich die Konfrontierung des Dr. Licht mit dem Oberst Adam werden, der von letzterem als sein Todfeind und Urheber der ganzen Kampagne gegen ihn bezeichnet wird.

Vier Tage später fand die Schlacht bei Kolin statt. König Friedrich, der den Kern seiner Truppen vor Prag zurücklassen mußte, erlitt eine vernichtende Niederlage. Ueber Rumburg flüchtete er in das Lager vor Prag zurück, wo er die Belagerung abzubrechen beschloß. Während des Abzuges erschien ein österreichischer Parlamentär mit einem Transport von zweihundertzwanzig preussischen Offizieren, die in der Schlacht bei Sternhof schwer verwundet, in Prag ins Hospital der Barmherzigen Brüder aufgenommen worden waren und jetzt durch die Sieger zu ihrem Heer zurückgeführt wurden. Der Parlamentär, der durch einen Trompeter mit einer weißen Flagge begleitet war, wurde vom König im Schloß Stern empfangen. Der Parlamentär erzählte dem König, daß die Stadt sich vor einer Woche habe ergeben wollen, und daß diese Uebergabe — die den Krieg zugunsten des Königs hätte ausfallen lassen — im letzten Augenblick infolge der Berichte eines gewissen Käsebieber nicht erfolgte. „Wenn ich den Schurken hier hätte“, brüllte der König, „würde ich ihn auf der Stelle füßeln lassen!“ In diesem Augenblick muß der Parlamentär seine Perücke abgenommen und gesagt haben: Majestät, der Käsebieber steht vor Ihnen! Währenddessen ließ er durch den Trompeter die weiße Flagge über sich wehen. „Ich werde beschützt durch das Völkerecht.“ Danach ließ der König den Parlamentär nach Prag zurückreiten, und von dem Käsebieber ist nur noch bekannt, daß er in der Provinz Sachsen ein Landgut kaufte, sich verheiratete und in allem Frieden starb.

## Tages-Neuigkeiten.

### Hakenkreuzlerische Wehrmänner.

gehen mit gefülltem Bajonett gegen Arbeiter vor. Wien, 23. Juni. (Eigenbericht.) Ein antiliber Bericht besagt, daß Sonntag Angehörige der Artillerieschießschule in Sommerreien bei Brud (Niederösterreich) von Arbeitern überfallen und verlegt worden sein sollen. In Wirklichkeit hat sich die Sache folgendermaßen zugehalten: Am Samstag fand in Sommerreien eine hakenkreuzlerische Sonnwendfeier statt, zu der auch Angehörige der Artillerieschießschule in Uniform und mit Seitengewehr unter Befehl von Unteroffizieren erschienen waren. Bei der Feier wurden Hochrufe auf Hitler ausgebracht und auch das Kaiserlied gesungen. In der Nähe befindliche Arbeiter protestierten gegen diese Provokation und sangen das „Lied der Arbeit“. Als die Soldaten dann mit gefülltem Bajonett gegen die Arbeiter vorgingen, zogen sich diese zurück. Im Dorf kam es später zu einem Zusammenstoß zwischen Hakenkreuzlern und Arbeitern, wobei die Wehrmänner gegen die Arbeiterschaft vorgingen. Die Arbeiter antworteten mit Hochrufen auf die Republik und mit den Rufen „Nieder mit den Monarchisten“. Zwei sozialdemokratische Gemeinderäte wurden dabei von den Wehrmännern und den Hakenkreuzlern in der gemeinsten Weise beschimpft.

Am Sonntag Nachmittag kamen wieder Soldaten nach Sommerreien und provozierten in den Wirtschaften die Sozialdemokraten, die ihnen schließlich die Bajonette und Säbel wegnahmen. Ein Genosse, der mit seinem Bruder ging, wurde von zehn Wehrmännern überfallen und zu Boden geworfen, wobei ihm drei Bajonett- und drei Säbelstiche veretzt wurden; ferner wurde ihm die Schlagader an der Hand durchschnitten, so daß er in schwerem verletztem Zustand ins Wiener Krankenhaus gebracht werden mußte. Auch der Bruder des Genossen wurde zu Boden geworfen, geschlagen und es wurden ihm die Zähne herausgeschlagen. Um sechs Uhr abends kam dann ein Hauptmann aus der Artillerieschießschule mit einer Vereischaft und Maschinen-gewehren und verbot die auf der Straße sich aufhaltenden Arbeiter. Heute früh kam Gen darmarie und nahm in den Wohnungen der Arbeiter Hausdurchsuchungen nach den Säbeln und Bajonetten vor, wobei ein Genosse verhaftet wurde. Bei den Hakenkreuzlern wurden Hausdurchsuchungen nicht vorgenommen.

### Dombaugeld,

das in die Taschen des Führers der Steyrer Christlichsozialen verschwand.

Aus Steyr wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet:

Schon seit einigen Tagen wurde hier davon gesprochen, daß sich der Chefredakteur der „Christlichsozialen“, Steyrer Zeitung“ und Obmann der Christlichsozial-groß-deutschen Wahlvereinigung im Steyrer Gemeinderat, Johann Pausenwein, an dem Gelde des Dombauspiels vergriffen habe.

Anfangs wurde versucht, die Sache zu vertuschen, aber jetzt ist die Blase geplatzt und man erfährt folgende Einzelheiten:

Schon vor längerer Zeit stellte es sich heraus, daß der verantwortliche Redakteur der „Steyrer Zeitung“, Hans Pausenwein, ohne Vorwissen der Verwalter des Geldes, das als Spende für den Linzer Dombau aus dem Bezirk entlieh, größere Beträge daraus entnommen hatte. Pausenwein versprach damals, die entnommenen Gelder zurückzugeben. Er zahlte aber nichts zurück, sondern entnahm auf dieselbe Weise weitere Beträge von dem Dombaugeld. Borige Woche lief nun ein Schreiben des Dombauspietels in Linz beim Preshverein ein, warum denn Steyr nichts mehr für den Dombau abliefern. Es wurde nun eine Rassenkontierung vorgenommen, bei welcher sich bisher herausstellte, daß etwa siebenzehn Millionen fehlen. Als das ruibar wurde, meldete sich auch ein Restaurateur als Gläubiger, dem Pausenwein acht Millionen schuldet. Noch vorgestern hatte er die Kühnheit, sich von dem Oberkellner eines Kaffeehauses eine Million unter dem Vorwand auszuborgen, er wolle nach Wien fahren, um neues Hartgeld einzuschleusen. Mittlerweile wurde die Sache immer bekannter und nun scheint Pausenwein der Boden zu heiß geworden zu sein. Wie es scheint, ist er nach Wien gefahren.

Pausenwein führte einen äußerst kostspieligen Lebenswandel, was schon längere Zeit aufgefallen ist. Er soll noch viel mehr Schulden haben, als bis jetzt bekannt ist. Sie werden auf ein Duzend Millionen geschätzt.

Jetzt erfährt man auch, daß Pausenwein bereits an der Spitze seines früheren Wirkens, in Klagenfurt, riesige Schulden gemacht hat, die er zum Teil noch nicht begleichen hat. Obgleich die Christlichsoziale Partei von diesen Dingen gewußt hat, machte sie ihn zu ihrem Führer in Steyr. Seine skrupellosen Verleumdungen der Sozialdemokraten gefielen den Christlichsozialen so gut, daß sie ihm alles andere hingehen ließen, zum Beispiel auch, daß er die Rächte durchzöchte und ein rechtes Zänfchen führte. So hat er nach seinem Freispruch beim Steyrer Gericht, das entschied, er habe

recht gehabt, einen sozialdemokratischen Lehrer einen Wegelagerer zu nennen, mit einigen christlichen Kumpanen bis in den frühen Morgen gezoht und alle unter dem Tisch getrunken.

### Forkartbeierlos.

Aus Salna wird uns geschrieben: An einem tragischen Unglücksfall, der sich auf dem Holzverladeplatz in Salna, der dem ehemaligen Fürsten Schwarzenberg gehörte, ereignete und dessen Opfer der Vater von drei noch unverorgten Kindern, der Arbeiter Andreas Milo aus Hüttenhofen ist, kommt die Vernachlässigung der Geseßgebung bei der Unfallversicherung der Forkartarbeiter kraft zum Ausdruck.

Bei der Schlichtung von Rundholz in der Länge von mehr als 20 Meter zu Holzhausen von sieben Meter Höhe wurde der Arbeiter, dem ein Rundholz den Schädel zertrümmerte, dieser Tage getötet. Wer wird nun die Familie des Arbeiters erhalten? Ein Gnadengeschenk von einigen Kronen pro Monat wird der armen Familie ausgezahlt werden! Tausende von Kronen aber hat „Fürst“ Schwarzenberg dadurch erspart, weil die Forkartarbeiter weder bei der gefährlichen Arbeit im Walde noch bei der Schwemme oder beim Holzvertaben gegen Unfallgefahr versichert sind. Es ist hohe Zeit, daß diesem Zustand auf dem Wege der Geseßgebung endlich ein Ende gemacht wird.

**Direktor Staudl, Obmann des deutschen Kulturverbandes,** ist Sonntag nachmittag in Kuffing einem Schlaganfall erlegen. Den Schlaganfall erlitt er während einer Ansprache bei der Tagung der Samariter der Feuerwehren Deutschböhmens.

**Berliner Journalisten in Prag.** Samstag abends halb 10 Uhr sind auf dem Prager Majorsbahnhof die Berliner Vertreter der Auslandspresse eingetroffen. Sonntag besichtigten sie Prag und besuchten Strohab und die dortige Bibliothek.

**Statistisches Gemeindelexikon von Böhmen, Prag 1924,** Verlag des statistischen Staatsamtes. Das statistische Staatsamt gibt soeben ein Gemeindelexikon der Tschechoslowakei heraus, dessen erster, schon ausgestatteter, technisch auf der Höhe befindlicher Band, der das Land Böhmen betrifft, soeben erschienen ist. Er enthält eine Fülle von Material. So unter anderem die Bevölkerung der Gerichts- und politischen Bezirke Böhmens nach Nationalität und Glaubensbekenntnis, dann ein Verzeichnis aller Gemeinden Böhmens mit Angabe der Fläche, Häuseranzahl, Anzahl der Wohnparteien, Bevölkerungsziffer, Nationalität, Glaubensbekenntnis und Geschlecht. Ferner eine Landesübersicht nach Gauen mit statistischen Angaben, eine Landesübersicht nach politischen Bezirken, Angabe der Anzahl der Ortsgemeinden in den Bezirken und ein außerordentlich sorgsam gearbeitetes Inhaltsverzeichnis. — Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Gemeindelexikon zu den besten Arbeiten gehört, welche das statistische Staatsamt bisher herausgebracht hat.

**Mißbrauch der öffentlichen Telephone.** Die Prager Post- und Telegraphendirektion gibt bekannt: In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle unrationeller Mitteilungen durch das Telefon, meist aus den öffentlichen Telefon-Automaten und Kaffeehäusern nur zu dem Zweck, daß die breitere Öffentlichkeit durch die Mitteilung eines Anonymus mystifiziert werde. Da keine Möglichkeit und Mittel vorhanden sind, den Täter dergleichen Anzuschuldigen durch die Telefonzentrale festzustellen, empfiehlt es sich, daß der Angerufene vor allem die Wahrheit der betreffenden Mitteilung durch telephonische Rückfrage feststellt, soweit diese nicht aus einem Telefon-Automaten oder von einer öffentlichen Telefonprechstelle ausgegangen ist. Um dem Mißbrauche des Telefones zu oft raffiniert falsifizierten Mitteilungen, durch welche Beamter, Redaktionen und Familien bei unwahren, wichtigen, bezw. sensationellen Mitteilungen mystifiziert werden sollen, überhaupt zu begegnen, besteht kein anderes Mittel, als die oben anempfohlene Rückfrage. Wenn es somit nicht möglich wäre, sich auf diese Weise von der Echtheit respektive Richtigkeit der Mitteilung zu überzeugen, wäre eine solche nur mit äußerster Vorsicht und Mißtrauen zu nehmen.

**Auflösung des Prager Nikolander-Realgymnasiums.** Wie verlautet, wird auch das Prager sogenannte Nikolander-Realgymnasium, das im letzten Schuljahr 240 Schüler zählte, in den nächsten Tagen aufgelöst werden. Nach unseren Informationen ist mit dieser Auflösung bestimmt zu rechnen. Diese neueste Schuldrosselung in Prag reiht sich würdig den letzten Sperrungsmaßnahmen des Unterrichtsministeriums an.

**Die Abfindung für den „Geenij“.** Nach längeren Verhandlungen ist es zwischen der tschechischen Regierung und dem früheren Königskaufe in der Frage der Abfindung des ehemaligen Herrscherhauses zu einer Vereinbarung gekommen, die vom Finanzministerium in der letzten Sitzung gebilligt worden ist. In der neuen Vereinbarung ist der Gedanke der Kulturstiftung, in die sämtlichen früher königlichen Sammlungen Dreßdens eingebracht werden sollen, wieder aufgenommen worden. Diese Sammlungen sind unveräußerlich mit Ausnahme einer Anzahl von Kunstwerken, über die der Staat nach Beschluß des Landtages frei verfügen kann. Die in der ersten Vorlage vorgesehene Abfindung von 14 Millionen Papiermark ist auf 30.000 Goldmark ausgeweitet worden. Die sogenannte Sekundogenitur-Rente ist aus dem Abfindungsvertrag herausgenommen worden und kommt nicht zur Abfindung. Bis zum Jahre 1928 ist bereits eine Vereinbarung über die Höhe der zu zahlenden Rente getroffen worden.

Es gibt noch zu wenig Parteien in Deutschland! Eine Versammlung der national-liberalen Vereinigung Berlin-Brandenburg, die Sonntag im Berliner Reichstagsgebäude tagte, beschloß die Gründung einer national-liberalen Reichspartei. Es wurde sofort ein Organisationsausschuß gebildet und zum Vorsitzenden der Partei der Reichstagsabgeordnete Dr. Marckly gewählt.

**Verhaftungen von Nebendpredigern im Rheinland.** Bei Hausdurchsuchungen, welche in den Eichen nationalisistischer Organisationen in der französischen und belgischen Okkupationszone vorgenommen wurden, erfolgten zahlreiche Verhaftungen. In der belgischen Zone wurden Dokumente beschlagnahmt, die auf die Vorbereitungen einer Nebendpredigt deuten.

**Trendelauer Adel.** Aus Warschau wird berichtet: Der Fürst v. Pleh, der größte Grundbesitzer Oberschlesiens, ist in Warschau vom polnischen Staatspräsidenten empfangen worden, dem er sich mit dem von ihm angenommenen neuen Namen „Fürst Pjeczynie“ vorstellte. In einer halbamtlichen Meldung, in der die Genehmigung der Führung dieses Namens mitgeteilt wird, heißt es, daß die Familie eines der ältesten schlesischen Adelsgeschlechter sei und ihre Abstammung auf die Piasten zurückführe. Den Namen Pleh hat die Familie, die als Grafen Hochberg in Niederschlesien großen Besitz haben, erst erhalten, als ihr vor etwa 100 Jahren der ober-schlesische Besitz durch Erbschaft vom fürstlich-Anhaltischen Hause zufiel. Der neue Name ist die polnische Bezeichnung für Pleh. — Fürst Pleh war ehemals erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses, kaiserlich deutscher Legationssekretär a. D. und kgl. preussischer Oberst der Armee, der „zudem vom deutschen Kaiser mit besonderer Auszeichnung behandelt wurde“, wie die nationale Presse jetzt hervorhebt. Aber er handelt nur nach den Gewohnheiten des deutschen Adels. Seine Angehörigen haben als russische Offiziere und treue Zarenkrieger, als baltische Barone gegen den deutschen Soldaten gekämpft, von Molotkoff sind es, die im Namen Frankreichs das Saargebiet vergeblich und in Dänemark zum Teil in deutschfeindlicher Propaganda machen. Deutscher Adel war es, der 1806-07 die preussischen Festungen an die Franzosen auslieferte und ein Jahr später in Erfurt zu den Füßen Napoleons saß und dem Eroberer in speichelleckerischer Weise huldigte, ihm den prunkvollsten Empfang rüstete. Deutscher Adel und deutsche Prinzen und Prinzessinnen haben nicht nur ihre Nationalität, sondern sogar ihre Religion gewechselt, wenn es ein Thronlein zu ergattern galt, sie wurden katholisch, griechisch-orthodox und waren auch Muhammedaner geworden, wenn der Türkenthron zu holen gewesen wäre. Dem Volke liehen sie inzwischen die deutsche Treue lehren.

**Die Westarps verjuden!** Die reinblütigen Völkischen haben eine neue furchtbare Entdeckung gemacht: die Familie derer von Westarp verschwäger sich mit Judenblut. Das „Deutsche Tageblatt“ schreibt:

„Die „Preussische Zeitung“ vom 14. Juni veröffentlicht in den Familiennachrichten eine Verlobungsanzeige, nach welcher sich ein Herr Friedrich Franz Graf von Westarp, Leutnant a. D. im ehem. Gardekurassierregiment, mit Fräulein Erika Rosengarten verlobt hat, von der gesagt wird, daß sie die „einzige Tochter des Herrn Rittergutsbesizers Walter Rosengarten und seiner Frau Gemahlin Gertrud, geb. Sommer“ sei. Aus dem Umstand, daß der angehende Schwiegervater des Herrn Grafen von Westarp Rittergutsbesitzer ist, Rosengarten heißt und eine geborene Sommer zur Frau genommen hat, dürfte wohl geschlossen werden können, daß hier wieder einmal durch die Vermählung eines deutschblütigen Adligen mit einer begüterten Jüdin Volkverrat verübt wird. Wir sind begierig zu erfahren, ob dieser Herr Graf von Westarp in einem verwandtschaftlichen Verhältnis steht zu dem Grafen Westarp von der Deutschnationalen Volkspartei. Im behandelten Falle wäre es wissenschaftlich, welche Schritte Graf Westarp von der DNVP unternommen hat, um seinem blutschänderischen Verwandten die gebührende Achtung zu verschaffen.

Rittergutsbesitzer — judenverdächtig! Rosengarten — judenverdächtig! Sommer — judenverdächtig! Die Deutschnationale Volkspartei wird eine Fraktionsstiftung abhalten müssen. Tagesordnung: Blutprobe von Fräulein Erika Rosengarten.

**Furchtbares Unwetter in der Oberlausitz.** Am Samstag wurde die Oberlausitz und das angrenzende tsch. Gebiet von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht. Nach einer unerträglich heißen Hitze von 30 Grad Reaumur gingen Gewitter und Wolkenbrüche nieder, bei denen Schiffe in der Größe von Gabelnüssen fielen und an Obstbäumen, Gärten und Fluren ungeheuren Schaden angerichtet wurde. Am schwersten wurde Wilschitz und die umliegenden Dörfer heimgesucht. Auch in Neukirch wurde großer Schaden angerichtet. Der Gesamtschaden ist sehr bedeutend.

**Schaffung eines Journalistengesetzes in Deutschland.** Der Reichsverband der deutschen Presse in Deutschland beschloß derzeit mit der Schaffung eines Journalistengesetzes und betont in einer Entschließung von neuem einstimmig die seit mehr als zehn Jahren erhobene Forderung nach Schaffung eines deutschen Journalistengesetzes. Die Darstellungen, die aus Ver-

logertrinken in die Öffentlichkeit gebracht werden, beweisen, daß auf die gefühllose Festlegung der im Wesen der Zeitung begründeten Stellung des Redakteurs als des der Allgemeinheit verantwortlichen Trägers des geistigen Verhaltens der Presse nicht verzichtet werden könne.

**„Schäden durch Angestellte.“** Der Rat der Volkswirtschaftler von Sowjetrußland erteilte dem staatlichen Versicherungsamt das Recht, die Untertnehmer gegen Verluste, Diebstähle, Veruntreuungen, Betrug und überhaupt gegen alle Schäden zu versichern, die ihnen durch ihre Angestellten und Beamten entstehen.

**Vertreter des polnischen Linksbloks kommen nach Paris.** Rättermeldungen zufolge reisen in den nächsten Tagen Vertreter des polnischen parlamentarischen Linksbloks, und zwar Delegierte der sozialistischen Partei, der radikalen Volkspartei, der polnischen und der nationalen Arbeiterpartei nach Paris, um mit den Führern des französischen Linksbloks einen engeren Kontakt anzuknüpfen.

**Die Kämpfe in Albanien gehen weiter.** Von der albanischen Grenze wird gemeldet, daß es Ahmed Bey Zog nicht gelungen ist, einen Widerstand gegen Nedzef Sali zu organisieren. Ahmed Bey Zog hat die jugoslawische Grenze überschritten und um die Erlaubnis ersucht, jugoslawisches Gebiet passieren zu dürfen.

**Der Einbruch beim jugoslawischen Militärattachee in Sofia.** Das Belgrader Kabinett erachtet den durch den Einbruch in die Wohnung des jugoslawischen Militärattachees in Sofia hervorgerufenen Zwischenfall für erledigt, da der bulgarische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Ralsow, eine Entschuldigung der bulgarischen Regierung dem jugoslawischen Gesandten in Sofia übergeben hat.

**Vor einem amerikanisch-russischen Konflikt.** Ein amerikanischer Dampfer ist gegen die Wrangelinsel, die Sowjetrußland gehört, ausgefahren, um dort die amerikanische Flagge zu hissen und die Insel in amerikanische Verwaltung zu nehmen. Die Expedition ist von einer Privatfirma organisiert. (Die Wrangelinsel wurde im Jahre 1867 von dem russischen arktischen Forscher Wrangel entdeckt. Im Jahre 1922 landete auf der Insel eine englische Expedition, die die Insel als englisches Eigentum erklärte. Daraus entstand ein Konflikt zwischen Sowjetrußland und England. Die Insel besitzt große Reichtümer an Kohlenlagern sowie anderen Naturschätzen und ist beinahe unbewohnt.)

**Japan und Sowjetrußland.** Der japanische Gesandte in Peking, der die Verhandlungen mit den Sowjetvertretern führt, erklärte, daß es zur Anerkennung Sowjetrußlands durch Japan wahrscheinlich in der zweiten Hälfte Juli kommt. Das japanische arbeitende Volk veranstaltet Massenmeetings, durch die es einen Druck auf die Regierung ausübt, ihr vor den Wahlen gegebene Wort bezüglich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland einzuhalten.

**Ein Stierkampf in der ewigen Stadt.** Rom, das bereits die Kämpfe der Gladiatoren mit wilden Tieren sah, wird jetzt zum erstenmal in seiner viertausendjährigen Geschichte einen richtigen Stierkampf erleben. Bei früheren Stierkämpfen waren die Stiere nicht getötet worden. Bei dem neuesten Stierkampf aber werden 14 ausgewählte Riesentiere, die aus Madrid gekommen sind, dem Schwerte des Toradors zum Opfer fallen. Sie werden in dunklen Käfigen gehalten, um ihre Wut zu steigern, bis sie in die Arena hinausgelassen werden. Wie man sieht, schreitet die Kultur in Mussolini-Italien rüstig vorwärts.

**Wetterüberblick vom 23. Juni.** Im Bereich zwischen der südeuropäischen Depression und dem westeuropäischen Hochdruckgebiet waren Sonntag in der Republik nordwestliche Winde vorherrschend. Der Himmel war vorwiegend bewölkt; in Böhmen fielen Niederschläge, und zwar Gewitter (Osmüg 14, Brerau 15, Ung.-Brod 16 Millimeter Niederschlag). Auch die Slowakei hatte Gewitterregen (Nitza, Alt-Smoloweg 15 Millimeter). In Böhmen traf abends eine neue Regenwelle ein. Die Niederschlagsmengen schwanken zwischen einem halben Millimeter in Eger und 15 Millimeter in Mladitz. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Im Westen der Republik allmähliche Besserung, im Osten veränderlich mit Schauern.

### Zwei Ermordete.

Walter Rathenau und Gustav Landauer sind erschlagen worden — Rathenau just heute vor zwei Jahren — aber mit ihren verstümmelten Körpern ist ihr Geist und Wirken nicht verschwunden, ihre Gedanken und Anregungen leben fort und für den Wert ihrer sittlichen Persönlichkeit zeugen ihre Schriften zu den Kämpfen des Tages, die ein ehrenvolles Denkmal, von treuen Freunden gesammelt herausgegeben werden. Von Rathenau liegen nunmehr die Reden vereinigt vor, die er zwischen 1915 und 1922 als Mann der Wirtschaft und der Politik gehalten hat (Berlin, S. Fischer, Verlag). Gustav Landauers Bemerkungen um 1910, einen laizistischen „Sozialistischen Bund“ zu gründen, sprechen aus dem von Martin Buber zusammengestellten Buche „Vergangenheit“ (Wien, Marcan-Verlag) zu uns. Und wie immer man sich zu Wollen und Weltbild der beiden Ermordeten, so wie es die genannten Bücher entfalten, einstellen mag, wird doch auch der sachlich entscheidende Gegner aus ihnen den Eindruck empfangen, daß hier zwei reine, selbstlose, opfer- und tatbereite Männer an der Arbeit

gewesen sind und daß sie nicht eigenen Irrtum, sondern fremde Niedertracht, fremden Rastendünkel und fremde Jähzucht mit dem Tode haben büßen müssen. Blei, Stahl und Kerker des reaktionären Terrors, die eben jetzt wieder den Spanier Unanomos und den Italiener Matteotti als Opfer gefordert haben, suchen sich, darin den Scherkerhaufen der Inquisition weisensverwandt, ihre Beute doch stümperhaft schlecht aus: sie verdachten die Weiber, damit der Geist des Getöteten, vom Irdischen unbeschwert, nur desto heller erstrahle und die Barbarei des Mordes sich in ihrer ganzen Scheußlichkeit enthülle.

Was Rathenau den Tod bereitete, war nicht die Fülle seiner Ideen, sondern sein Mut zu Taten. Hätte er, wie in der Vorkriegszeit, auch weiterhin nur seine großen Industrieunternehmen geleitet und seine Mühsalstunden dazu benutzt, feingeschliffene und liebenswürdige Essays nach Art seiner Bücher „Von kommenden Dingen“, „Zur Kritik der Zeit“ und „Zur Mechanik des Geistes“ zu schreiben — er ginge noch heute hochgeehrt und unbehelligt durchs Leben und die großen Industriekapitalisten würden ihn als einen „Schöngeist“ drücken, „auf den alle Industriellen stolz sein dürfen“. Aber den Willen, der Allgemeinheit, statt sich selbst zu dienen, konnte man ihm nicht verzeihen, und gerade dieser Wille Rathenaus bekommt in den „Gesammelten Reden“, ganz anders als in den sonstigen Schriften, Leben und Körper. Gleich die erste, die der starke Band enthält, führt Rathenau als den Schöpfer der „Kriegs-Rohstoff-Abteilung“ des deutschen Kriegsministeriums vor, jenes organisatorisch gewaltigen Unternehmens, welches es den Mittelmächten erst ermöglichte, so lange „durchzuhalten“. War dieses letzte Ziel auch im Kern verfehlt, so war der Versuch, die Rohstoffmengen eines großen Länderkomplexes planvoll zu betriebswirtschaftlich, doch eine imposante Tat und imponieren darf auch das Zweckengebäude, welches Rathenau auf dem hier erschlossenen Grunde in der ersten Nachkriegszeit zu erbauen unternahm.

So oft er in den Jahren 1919 und 1920 vor Besinnungsgenossen der demokratischen Partei, vor technischen Beamten und Industriellen, in der „Deutschen Hochschule für Politik“ und sonst noch sprach, verlor er mit Klarheit und Ueberzeugungskraft die Ansicht, daß das Chaos der Güterproduktion ein Ende nehmen und daß an dessen statt eine ins Vertikale und Horizontale exakt ausgebaute, alle wissenschaftlichen und technischen Ertragsmengen ausnützend, den Anteil der Arbeiterschaft an der Zentralleitung, während Erzeugungswirtschaft eintreten müsse. Zog er auch zwischen sich und der Sozialdemokratie einen scharfen Trennungsschritt, weil er die praktische, d. h. in Zahlen umsetzbare Bedeutung der Mehrwerttheorie in Abrede stellte und weil er den Kapitalismus als eine unumgängliche Notwendigkeit betrachtete, so trat er zu seinen Klassenverfeindern doch in einen entschiedenen Gegensatz, indem er die Arbeiter als einen dem Unternehmer gleichwertigen Faktor der Produktion anerkannte und immer wieder die großen moralischen Verpflichtungen des Besitzes betonte, ja die Möglichkeit zugab, daß die gegenwärtige Gesellschaftsordnung einer anderen und höheren Form weichen werde. Fielen schon seine kräftigen Worte gegen Genug ohne Arbeit, gegen adeliges und erblich-patristisches Schmarotzertum den Jüngern und Schlotbaronen böß auf die Nerven, so wurden die Folgerungen, die Rathenau als führenden Staatsmann aus seinen Ueberzeugungen zog, diesen Hintermännern der Völkischen erst recht unerträglich. Bogte er doch in seinen Reichstagsreden und als bevollmächtigter Unterhändler von einem ernsten Aufbau und nicht bloß vom Vernichtungswillen der Franzosen zu reden, statt trennenden wirtschaftlichen Mauern zwischen den Völkern arbeitete er auf einen organischen Aufbau der Weltwirtschaft hin, bemühte er sich doch, durch eine Erfüllungspolitik in den Grenzen des Erträglichsten den Haß und das Mißtrauen in Europa abzubauen und die Besitzenden sollten gar noch zwecks solcher Erfüllung Opfer bringen! Die Reden in Cannes und Genua und die Rechtfertigung seines Wirkens dort vor dem Reichstag machten Rathenau für die völkische Nordhugel reif, aber in ihrer schlichten und sachlichen Mannlichkeit beweisen sie auch, daß der Weg, den Rathenau gehen wollte, so hart er auch war, doch zu einem Ziele hätte führen und Deutschland vor dem Ruhrabenteurer und dem Marxzusammenbruch hätte bewahren können. Und das gerade durfte nicht sein, die nationalen und militärischen Desperados konnten eine Atmosphäre der Beruhigung und Entspannung nicht brauchen, ihr geistiger Weizen gedeiht bloß in der Luft des Hasses und der Verzweiflung.

Der Tatwille, der die Zukunft schaut und der in allem Dunkel der Gegenwart doch die Hoffnung nicht sinken läßt, hat genau ebenso Gustav Landauer den Tod bereitet. Das selbe, Klingende in ihm, die Kraft seines Glaubens, sein prophetisches Rufen schollen allen Vertretern des Alten und Verrotteten ins Ohr wie eine Fokussche des jüngsten Gerichtes, dieser Fanatiker der Revolution war so gefährlich, weil er keine umstürzlerischen Lehren mit der Inbrunst eines Dichters vortrug. Wie tief ihm der prophetische Drang, der heiße Wunsch, die Menschen handelnd zu erlösen, im Blute lag, davon erzählt jede Seite der Aufsatzsammlung „Beginnen“. Es sind Thesen, Auftritte, Flugblätter, Leisätze, knappe Zeitungsartikel, Antikritiken, sie alle ein einziges, großes Bekenntnis zum Kultursozialismus und Aktivismus. Es ist, als hätte Landauer gefühlt, daß er keine Zeit habe zu warten, daß er jeden Augenblick ausnützen müsse, seine Gedanken in die Tat umzusetzen. Deshalb gibt er Marx und den Sozialdemokraten manches harte Wort, ihrer aus wissenschaftlicher Erkenntnis entsprungene Ueberzeugung, daß ohne

die entsprechenden ökonomischen Voraussetzungen die Gesellschaftsordnung nicht willkürlich geändert werden könne, setzt er die stammende Forderung entgegen, zuerst einmal zu handeln, nur zu handeln und den Sozialismus dadurch heraufzuführen, daß man den Kapitalismus durch die Tat regiert. Die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei anerkennt nach Landauer den Kapitalismus, indem sie ihn bekämpfen, die Lebenslust wird ihm erst genommen, wenn die Arbeiter auf freien Landstiedlungen lernen, durch Austausch ihrer Produkte den an ihrer Arbeitskraft schmarotzenden Unternehmer auszuschalten. Nur erst der Boden wieder der Volksgemeinschaft, dann werden die Sklavensketten des Kapitals von der Menschheit abfallen, nur erst opferbereite Führer, die den Massen diesen so nahen, diesen so selbstverständlichen (und, ach, so wundervoll phantastischen) Weg der Rettung zu zeigen! Dieser Zwang des Führertums ruhte auf Landauer als heilige Aufgabe, als seine Sendung vom Anfang, was er um 1910 ahnend geschaut hatte, schien sich ihm mit der Weltumwälzung von 1918 zu erfüllen, und gerüstet, entschlossen, das gelobte Land dicht vor dem verklärten Künstlerbild, trat er an die Spitze der Scharen, gleich bereit zu leben und zu sterben. Denn er wußte, wie die „großen Erschütterer der Menschheit bezahlt werden: so wie Sokrates, so wie Christus“. Wenn einer sich treu geblieben ist in seinen Erkenntnissen und seinen Forttümern, so war es Gustav Landauer, sein Volkstand in der Tat und im Tode war die reife Frucht seines „Beginnens“.

Es war gut und notwendig, daß die Reden und Schriften Rathenaus und Landauers, die für ihre politischen Tollen und Handelnden zeugen, in so reichem Ausmaß gesammelt worden sind. Denn in dem reinen Spiegel dieser Bücher verschwinden alle Verzerrungen, die Mißverständnisse, Uebelwollen und Verleumdungen in das Bild der beiden Männer hineingezogen haben, die beiden Opfer der völkischen Wut stehen vor jedem der Augen hat, zu sehen, als edelgestimmte Idealisten da und ihre Mörder, wie sie es verdienen, als vielschichtige Schlichter des wahrhaft Guten und Großen. K.

### Volkswirtschaft.

#### Gewerkschaftlich-Politiches aus dem Hultschiner Ländchen.

#### Tschechisch-sozialdemokratische Wählerkreise gegen die Union der Bergarbeiter.

Im Hultschiner Ländchen befinden sich einige tausend deutsche Bergarbeiter, die sich nach der Abtretung dieses Gebiets an die Tschechoslowakei in der Union der Bergarbeiter organisiert haben. Dies ist nun den tschechischen Sozialdemokraten in Hultschin ein Dorn im Auge und sie versuchen, diese Bergarbeiter aus der Union wieder herauszureißen. Nicht anders kann ein Artikel in den dortigen „Robotnicka Roviny“ aufgefaßt werden, in dem gesagt wird, daß die Bergarbeiter des Hultschiner Ländchens mit der „Wagner-Organisation“ nicht zufrieden sind. (Man beachte die Dege gegen den Sekretär der dortigen Organisation Genossen Wagner, die nach kommunistischen Rezepten hier von tschechischen Sozialdemokraten durchgeführt wird.) Reiben von Bergarbeitern wollen angeblich zu den Christlichen überreten, weil sie der Szaz nicht aufnehmen will. Schließlich wird das Sekretariat des tschechischen Bergarbeiterverbandes in Ostrau aufgefordert, „Ordnung zu machen“.

Das zitierte Blatt ist das Organ der sogenannten Robotnicka strana (Arbeiterpartei), welche vom tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Cerny gegründet wurde. Es ist gar keine Rede davon, daß Bergarbeiter im Hultschiner Ländchen zum christlich-sozialen Verband übertraten wollen, und es wäre interessant, wenn der Artikelschreiber der „Robotnicka Roviny“ diejenigen Bergarbeiter mit Namen anführen wollte, welche den Uebertritt vorziehen wollen. Dabei beachte man, wie sich das tschechische sozialdemokratische Partei nahestehende Blatt bemüht, einen Konflikt zwischen der Union der Bergarbeiter und dem tschechischen Bergarbeiterverband herbeizuführen. Das Verhältnis der deutschen und tschechischen Bergarbeiterorganisationen ist ein gutes, und das scheint den Machern im Hultschiner Ländchen nicht zu passen. In Wirklichkeit verlangen nicht die Bergarbeiter den Uebertritt, sondern die Jugenteure und ein paar nationale Heißsporne im tschechischen Gebiet. Die Bergarbeiter kommen im Gegenteil oft in das Sekretariat der Union der Bergarbeiter in Hultschin und beklagen sich darüber, daß man sie mit Gewalt zwingen will, aus der Union auszutreten und ihnen alle möglichen Schwierigkeiten bereitet, weil sie einer anderen Bergarbeiterorganisation nicht beitreten wollen. So hat in Wrahloweg der dortige tschechische Lehrer verlangt, daß die ganze Ortsgruppe der Union zum Szaz übertraten soll, ebenso hat in Kosnütz der Herr Stanke von der Robotnicka strana in einer Versammlung die Bergarbeiter verbalen wollen, mit der ganzen Ortsgruppe zum Szaz überzutreten. Die Jugenteure auf den Graben erklären offen, daß die Hultschiner Bergarbeiter, wenn sie von der Union ablassen und zu einer tschechischen Organisation gehen werden, nicht weiter schikaniert werden.

Gerade darin, daß die Vertreter der Unternehmer die Hultschiner Bergarbeiter veranlassen wollen, aus der Union der Bergarbeiter auszutreten, werden die Bergarbeiter am besten erkennen, woher der Wind weht. Es ist aber eine Schande für die Robotnicka strana und für alle diejenigen die hinter ihr stehen, daß sie gemeinsam mit den Vertretern der Unternehmer die Union der Bergarbeiter schädigen wollen.

Zur Nacharbeit in den Vädereien. Samstag Vormittag wurde in der Kommission für die Nacharbeit in Vädereien der internationalen Arbeitskonferenz in Genf der Antrag der Arbeitgeberdelegierten, anstelle eines internationalen Abkommens nur eine Empfehlung an die Regierungen auszuarbeiten, mit 19 gegen 16 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die Tarifverträge 1920/22. Aus einer Anzahl von Ländern liegen statistische Veröffentlichungen über die abgeschlossenen Tarifverträge, über die durch dieselben erfassten Industriezweige, Betriebe und Arbeiter vor. So aus Schweden, Norwegen, Holland, der Tschechoslowakei, Frankreich etc. Als gemeinsamer Zug ist die Abnahme der Tarifverträge in den Jahren 1921/22 gegenüber den vorhergehenden Nachkriegsjahren zu verzeichnen. Infolge der Wirtschaftskrise wurden abgelaufene Tarifverträge nicht erneuert. Die Produktionsbeschränkungen und die Arbeitslosigkeit hat die Zahl der von den Tarifverträgen erfassten Arbeiter vermindert, während durch die Konzentration der Betriebe die Zahl der Betriebsratverträge wesentlich vermindert wurden. Dieser Zug ist besonders für Holland bezeichnend, wo die Zahl der Tarifverträge wesentlich zurückging, ohne eine entsprechende Abnahme der Zahl der durch diese erfassten Personen. In Schweden ist die Zahl der Tarifverträge von 2256 im Jahre 1920 auf 1772 Ende 1922, in Norwegen von 1029 auf 393 Ende 1921, in der Tschechoslowakei von 1071 1919 auf 422 im Jahre 1921 zurückgegangen. In Frankreich war die Zahl der Tarifverträge sehr gering, sie betrug 1922 196 und erstreckt sich zumeist auf kleinere Betriebe. Von den 610 Tarifverträgen in Polen im Jahre 1921 entfielen 197 auf die Landwirtschaft. In Rußland ist die Zahl der Tarifverträge, besonders infolge der Konzentration des Transportwesens — zwei Millionen Eisenbahner und Transportarbeiter werden dort von sechs Tarifverträgen erfaßt — nicht sehr groß. Sie betrug im März 1923 70 allgemeine, außerdem aber 6723 lokale Tarifverträge.

### Kleine Chronik.

#### 6000 Theater in Rußland.

Die Theaterlandschaft, die nach der Revolution in Rußland ausgebrochen ist, hat dort sehr merkwürdige Zustände geschaffen, über die Huntly Carter in einem neuen erschienenen Buche „Das neue Theater und Kino in Sowjet-Rußland“ näheres mitteilt. „Eine Zeitlang nach der Revolution gab es in einer der Wolgaprovinzen mehr Theater als in ganz Frankreich“, schreibt er. 1920 bestanden 2197 Theater, die Unterhaltungen erhielten, 208 Theater, die als Volkseinrichtungen von der Regierung geleitet wurden, und 3452 Theatergesellschaften, die in den Dörfern spielten. Es waren also fast 6000 Theater in Rußland vorhanden gegenüber 210 Theatern, die im Jahre 1914 in Rußland bestanden. „Ob mit dieser Ueberfülle von Bühnen wirklich auch der Kunst gedient ist, bleibt eine andere Frage. Die Gründe für die Errichtung dieser Theater sind in der hauptsächlich politischen „Die Entwicklung dieser Bühnen erfolgte unter der wohlwollenden Beaufsichtigung der russischen Arbeiter und ihrer Regierung“, schreibt Carter. „Auf keinen Fall dürfte die Bühne in reaktionäre Hände geraten, und deshalb fehlten alle Areaturen der Regierung ihre Kraft daran, die Bühne nach ihren Ideen anzupassen. Alle Arten von Stücken wurden aufgeführt, nur die lächerliche Gedankenwelt der Bourgeoisie zu zeigen. Das Theater sollte zu gleicher Zeit lehren, was die Revolution geleistet hat, die neue Gesellschaftsform erläutern und für die kommunistischen Ideen werden.“ So wurde die Bühne zu einem vollständigen Werkzeug der Propaganda. Besonders war es C. B. Meierhold der das Drama zum kommunistischen Manifest umgestaltete. „Er sucht augenscheinlich Zuschauer und Schauspieler in solcher Weise miteinander zu verbinden, daß zeitweise der Zuschauer selbst zum Schauspieler wird. Er erstrebt eine mystische Verbindung zwischen Bühne und Publikum, so daß die Wirkung der einen sich zugleich auf das andere erstreckt und Schauspieler wie Zuschauer in der Begeisterung für die Ideen verschmelzen.“ Deshalb werden gewaltige Massenveranstaltungen veranstaltet, an denen große Teile der Bevölkerung teilnehmen. Carter schildert die Aufführung eines solchen Massenstückes. „Der Sturm auf den Winterpalast“, bei dem 100.000 Menschen mitwirkten; es handelt sich dabei augenscheinlich um große Auffüge, wie sie in Westeuropa bei festlichen Veranstaltungen stattfinden, um Massenmenschen, wie sie bisher nur im Film gewagt worden waren.

Das größte Rhinoceros aller Zeiten, wahrscheinlich das größte Landopossum, ein riesiges ausgestorbene Nashorn aus Tertiär- und Quartärzeiten, ist durch das neu entdeckte vorgeschichtliche Säugetier Behuchitherium von dem großen Paläontologen Henry Fairfield Osborn genannt, der jetzt den ersten wissenschaftlichen Bericht darüber veröffentlicht hat. Dieses Nashorn, das eine Höhe von 4 Metern bei einer Länge von 8 Metern besaß, ist von so riesigen Ausmaßen, wie sie bisher bei Bewohnern des Landes unbekannt waren. Ueber die Stellung dieses gigantischen Nashorns zu den heute noch lebenden Artenoffen berichtet Dr. Cooper in der in Frankfurt a. M. erscheinenden Umschau. Die heutigen Nashörner gehören zwei Gruppen an, der einbürtigen, wie sie das indische und japanische Nashorn darstellen, und der zweibürtigen, zu der das afrikanische Nashorn mit seiner weichen Unterform gehört. In vorgeschichtlicher Zeit lebten jedoch auch in Europa Rhinocerosse gleichzeitig mit den Menschen, die anderen Arten angehörten. Man kennt aus dem sibirischen Eis die unverfälschten Eingefrorenen Leiber des woll-

haarigen Nashorns, das ein riesiges Horn auf der Nase und ein kleineres auf der Stirn trug. Das Bild dieses Tieres ist uns ebenfalls aus den Höhlenzeichnungen bekannt. Ein Vorläufer dieses wollhaarigen Nashorns war das Merckische Nashorn, und noch weiter zurück, in die Tertiärzeit, reichen Nashörner, die in vielen Unterfamilien in Europa, Asien und Amerika verbreitet waren. Man kannte bisher fünf solcher ausgestorbenen Unterfamilien des Nashorns, und zu diesen kommt nun noch die gewaltigste, die neuentdeckte Art der Baluchitherinen. Diese sind durch folgende Merkmale gekennzeichnet: 1. Das Fehlen eines Horns und die hauerartige Ausbildung des zweiten oberen Schneidezahns, 2. einen stark verlängerten Hals, der dem Tier ein pferdeähnliches Aussehen gab, 3. die Verlängerung und seitliche Kompression der Gliedmaßen, wodurch der dreieckige Fuß einem einhüftigen ähnlich wird, 4. die verhältnismäßige Schwäche des Kopfes, die zusammen mit dem langen Hals dafür spricht, daß das Tier seine Nahrung durch Abrupfen von Baumzweigen suchte. Wenn auch das neue Tier einen sehr alten Typ der Nashörner darstellt, so war seine Entwicklung doch schon weit fortgeschritten. Da nach einer entwicklungsgehistorischen Regel neue Formen zuerst stets in kleineren Vertretern erscheinen, so muß dieses riesige Nashorn am Ende einer langen Entwicklungsreihe stehen.

Antijapanische Kundgebungen in Kalifornien. Das New Yorker Blatt „Sunday Express“ meldet über antijapanische Manifestationen, zu denen es in Los Angeles kam, in dessen Umgebung die Leichen zweier Japaner gefunden wurden.

### Der Film.

Die Ribelungen. Samstag wurde im Uranokino der Prager „besseren“ Gesellschaft der erste Teil des verfilmten Nibelungenliedes, der mit dem Tode Siegfrieds seinen Abschluß findet, gezeigt und beifällig aufgenommen. Die Frage, ob die Verfilmung bedeutender Werke aus der Literatur eines Volkes überhaupt wünschenswert ist, ist müßig. In der Praxis entscheidet der Gestandpunkt: Eine Filmgesellschaft wird heute auch vor der Verfilmung des „Faust“ nicht zurückschrecken, wenn sie nur hierbei auf ihre Rechnung zu kommen meint, und das Publikum, das eine derartige Profanierung eines seiner größten sprachlichen Kunstwerke mit einem Boykott der Vorführungen antworten würde, ist noch nicht geboren. Höchstens ein eigenes Gesetz gegen die Entweihung literarischer Kunstwerke durch Verfilmung könnte etwas austrichten. Der Ribelungen-Film ist nun einmal da und es ist daher Aufgabe der Kritik, zu untersuchen, ob der künstlerische Leiter dieses Unternehmens alles darangesetzt hat, um das Werk nicht auf das Niveau eines gewöhnlichen Kinodramas in so und so viel Akten oder eines der berühmtesten Ausstattungsfilme — nach dem Muster von „Quo vadis“ etwa — herabsinken zu lassen. Und diese Kardinalforderung ist hier von der Regie im großen und ganzen auch erfüllt worden. Die Szenenbilder sind hier meist von geluchter, stillvoll wirkender Einfachheit, und, wo es sich nicht um ausgesprochene Massen Szenen handelt, ganz auf die Hauptpersonen konzentriert unter Hintanhaltung störender Beiwerk. Gerade bei den Bildern, wo vom Erhabenen zum Lächerlichen vielleicht nicht einmal der eine Schritt ist, wie etwa der Moment, da Hagen den Speer gegen Siegfried erhebt, ist auf naturgetreue Wiedergabe überhaupt verzichtet, und einfacher, aber um so wirkungsvoller Schattenreiß tritt an seine Stelle. Dagegen sind Bilder wie Siegfried und Kriemhilde sorglos unter einem blütenüberfüllten Strauch voll erfrischender Natürlichkeit. Kleine Fehler der Regie sind natürlich unvermeidlich. So ist es z. B. wohl überflüssig, den hinkenden Schmied Mime in eine derartig orang-uton-artige Gestalt ausarten zu lassen. Sonst sind aber speziell kinematographische Leistungen selten. Sogar den Drachen nimmt man als ein abgeschlossenes Ganzes hin und ist nicht erpicht darauf, auf eine unnatürliche Bewegung dieses Ungetüms hin sich lächelnd auszumalen, wie viel Arbeit es dem Regisseur wohl gekostet haben mag, bevor er die bewegenden Menschenhände wenigstens so weit hatte. Nun bliebe auch noch die Frage zu erörtern, ob dieser Film zu einer nationalistischen Propaganda ausgebaut werden könnte. Der Film selbst hat keine zu verurteilende nationale Tendenz, denn die Freude an der sagenhaften Heldentat seines Volkes, die sich bei dem Zuschauer vielleicht einstellt, ist noch kein zu verwerfender Nationalismus. Verwerflich wird er erst dann, wenn überheblicher Stolz hinzutritt, ein Hinweis darauf, daß andere Völker eine solche Leistung nicht aufzuweisen haben und daher minderwertig sind. Etwas Ähnliches ist jedoch hier nicht zu bemerken und wenn irgendjemand nachweisen wollte, daß die natürliche Entwicklung geradehin von der Heldengestalt des Siegfried zu einem bayerischen Bürgerdrehm-Halenkreuzer von anno 1923 führen müsse, dann dürfte er wohl kaum gläubige Zuhörer finden. —um—

### Kunst und Wissen.

Das „Kunstliebende“, „Kunstverständige“ deutsche Prag. Unter den Mitteilungen aus der Theaterlandschaft befinden sich gestern auch in Form einer eigenen Kojig folgende Feststellungen, die immerhin dokumentarischen Wert besitzen:

Die Einnahmen der „Elektra“-Aufführung. Die Direktion sieht sich veranlaßt, ohne weiteren Kommentar folgende Verläufe zu veröffentlichen: Die Einnahmen der nach einwöchentlich schwerster Probenarbeit herausgebrachten „Elektra“-Aufführung beliefen sich auf insgesamt K 8.200.—. Die Honorare der Gäste betragen K 5000.—, die Honorare für die Orchester-

sterverstärkung K 4.700.—. Außerdem ist für die Aufführung ein Betrag von 10 % der Bruttoeinnahme, d. i. also rund K 800.— an Tantiemen zu bezahlen, so daß sich ein Fehlbetrag von K 2.300.— ergibt. — Dagegen fanden sämtliche Gastspiele von Erika Gläbner in der Kleinen Bühne bei fast durchwegs ausverkauften Häusern statt und jeder dieser Abende hat eine weit höhere Einnahme ergeben, als die „Elektra“-Aufführung.

Der Kommentar zu diesen Tatsachen, den die Direktion weglassen, müßte ungefähr so lauten: Das Prager deutsche Theaterpublikum ist fast durchaus mindertwertig. Für eine der gewaltigsten Tragödien der Weltliteratur, für die „Elektra“, hat es weder Interesse noch Verständnis. Dagegen läuft dieses Publikum in hellen Scharen zu dem eifertigsten Publikum — insbesondere wenn es von einem „Star“ repräsentiert wird — und erweist sich mit Wohlmut an den eindeutigen und zweideutigen Joten beispielsweise eines „Gretchen“, das weder literarisch den allergeringsten Wert besitzt, noch auch nur pikant zu nennen, vielmehr eine wirkliche, widerliche Sammlung ordinärer Entgleisungen ist. Hervorzuheben ist, daß das deutsche Prag in erschütternder Mehrheit eine Stadt der Bourgeoisie ist, Stadt der Fabrikanten und Kaufherren, mäßiger „Damen“, Bankmagnaten, Kriegsgewinnler und Schieber. Die deutsche Angestelltenchaft — deutsche Arbeiter fehlen ja hier fast überhaupt — versammelt sich, soweit sie gerade einmal ein paar Kronen erübrigt, auch bei der „Elektra“ auf der Galerie und im Stepparterre. Das „Gretchen“ überläßt sie den oben erwähnten „Vertretern des Deutschlums“.

Richard Strauß-Fest. Mit einer in jeder Hinsicht glanzvollen Aufführung seines größten und reifsten musiodramatischen Werkes, der Rachetragödie „Elektra“, hat man dem großen deutschen Tonbildner Richard Strauß am Samstag im Neuen Deutschen Theater eine Nachtragsguldigung zum 60. Geburtstag dargebracht. Alexander Zemlinitzky als musikalischer Leiter hatte sich mit verzehrender Glut und eifertiger Hingabe des Werkes angenommen und eine Wiedergabe erzielt, die als Herz und Gemüt anspühelndes Erlebnis wirkte. Die Elektra gab als Gast die Wiener Kammerängerin Frau Güntheil-Schoder; sie schuf eine aus Nachdramatik und scharfschmerzlicher Rafferei zusammengesetzte Gestalt von nicht zu überbietender dramatischer Ausdruckskraft, bei der sogar die stimmlichen Brillen einzelner hoher Töne als notwendige Affektsäußerungen wirkten. Auch die Klavierbegleitung Frau Bertholds aus Breslau war eine künstlerisch-dramatische Leistung ersten Ranges, die in der Darstellung der Angst und Verfolgungssqual der Schuld erschütternde Töne fand. Außerordentlich eindrucksvoll und vor allem stimmlich von blendender Pracht war die Chrysothemis der Frau Hussa. Da auch die übrigen und selbst die kleinsten Rollen des Werkes ausgezeichnet besetzt waren, gab es eine Aufführung von selten stilistischer Geschlossenheit und musikalischer Vollkommenheit, die den schmähvoll schlechten Besuch doppelt beschämend empfinden ließ. —ek.

„Der ledige Schwiegersohn“, Pöste mit Gesang von Edmund Cyster. (Ersaußführung.) Auch dieses Operettenmärchen beweist, daß seinem Schöpfer der Faden musikalischer Erfindung ausgeht. In dieser Selbstkenntnis begnügte er sich mit dem minderen Titel einer Pöste mit Gesang. Aber es ist nicht einmal eine richtige Pöste, was die Herren Emil und Arnold Holz Herrn Cyster als Textbuch lieferten, so witzig und geistlos ist die Handlung, die mitzuteilen, nicht der Mühe lohnt. Wogen solche Sommer- und Rietenoperetten müssen wir im Interesse des Publikums und künstlerischen Niveaus unseres Theaters entschieden Verwahrung einlegen. Ebenso gegen die unmöglichen Rollenbelegungen, die diese Operettenpremiere aufwies. Eine Operettendarstellerin wie Fräulein Jenny Dorrit, die weder Anmut im Spiele noch Grazie im Tanze besitzt, die erst richtig sprechen lernen muß und zur künstlerischen Vollkommenheit als Sängerin noch einen weiten Weg hat, sollte erst an kleineren Aufgaben ihre Kräfte erproben. Dasselbe gilt auch von Fräulein Meizner, der noch dazu das rein stimmliche Material fehlt. Fehl am Orte war auch der als Ersatz für Herrn Adl Berger gastierende Herr Reizner, dessen ausdringliche und selbstbewußte Art nicht am Plage ist; dabei ist dieser Komiker weder ein guter Sprecher noch besonderer Sänger und ebenso wenig ein hervorragender Tänzer wie persönlicher Darsteller. Das Beste an dem unerfreulichen Operettenabend war Herrn Stadlers prächtige szenische Ausstattung. —ek.

Repertoireänderung. Zahlreiche Erkrankungen im Ensemble zwingen die Direktion das für diese Woche veröffentlichte Repertoire abzuändern. Es wird wegen Erkrankung des Herrn Adolf Fuchs Donnerstag statt der Neueinstudierung des „Glöckchen des Eremiten“ „Boccaccio“ gegeben werden und wegen Erkrankung der Frau Irma Diercks gelangt Freitag statt der Novität „Endstation“ das Lustspiel „Papa“ mit Leopold Kramer a. G. zur Aufführung. Die Aufführungen von „Glöckchen des Eremiten“ und „Endstation“ werden um einige Tage verschoben.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag „Der ledige Schwiegersohn“; Mittwoch sechste Theatergemeinschaftsvorstellung „Apostel“, „Der eingebildete Kranke“; Donnerstag „Boccaccio“; Freitag Gastspiel Leopold Kramer „Papa“; Samstag „Der Ruß“; Sonntag nachmittags „Der Feldherrnhügel“, abends „Wald“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag „Die Sache mit Lola“; Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag 10 Uhr nachts und Sonntag nachmittags und abends Gastspiel „Max und Moritz“; Samstag abends halb 8 Uhr Gastspiel Leopold Kramer „Der Teufel“.

### Turnen und Sport.

Tschechoslowakischer Fußball. Prag: SK Pardubitz gegen Slavia Zizkov 1:2; Ruzelsky SK gegen Sparta Radno 6:2; Slavia VIII gegen J. B. S. 1:1; Meteor Weinberge gegen CAFC Weinberge 0:0; Union Zizkov gegen Slavia Zizkov 2:0. — Klado: SK Klado gegen Krocchlaw 4:0. — Karlsbad: Karlsbader SK gegen Union Zizkov 4:1 (3:0). — Brüx: SK Rost gegen Teplitzer SK 3:3. — Olmütz: SK Olomouc gegen Brüxer Turnverein 3:1; DFC gegen DFC. Liga Wittowitz 0:1; Sokoah gegen Maffabí Prohnik 3:1. — Mähr.-Osttau: Slavia gegen SK. Přerov 4:3. — Preßburg: 1. SK. Bratislava gegen Budapest FC 2:2.

Reichsdeutscher Fußball. Leipzig: Spielvereinigung Fürth gegen Spielvereinigung Leipzig 4:1; Eintracht gegen Viktoria 1:0. — Chemnitz: DFC. Prag gegen Chemnitzer FC 5:1; DFC war in jeder Hinsicht überlegen und lieferte ein Exhibitionsspiel. — Eine mitteldeutsche Elf siegte auf ihrer Reife in Siebenbürgen beim ersten Spiel in Klausenburg 2:0.

Oesterreich gegen Ägypten 3:1 (0:0). Sonntag gelangte auf der hohen Warte in Wien vor ungefähr 60.000 Zuschauern der Fußballweltkampf Oesterreich gegen Ägypten zur Austragung. Die österreichische Auswahlmannschaft siegte über das ägyptische olympische Team verdient 3:1 (0:0). — Bothen fand auf demselben Spielplatz ein Wettspiel zwischen der Prager Sparta und den Wiener Amateuren statt. Sparta siegte 1:0 (0:0). — Gertha gegen Slavia 2:0, Admira gegen WAF 4:2, DAC gegen Sturm VII 3:0.

Viktoria Zizkov in Krafau. Das sonntägige Wettspiel zwischen Krafawia und Viktoria Zizkov endete 3:1 (2:0). Die Krafawia, die ihre beste Mannschaft aufgestellt hatte, bewies eine starke Ueberlegenheit.

Reichtathheil. Tschechoslowakei gegen Oesterreich 83:37. Ueberraschend hoher Sieg der Tschechoslowakei. Nachstehend die Resultate: 100 Meter: 1. Svoboda (Tsch.) 11,2. 2. Schel (Oest.). — Kugelstoßen: 1. Dr. Poganji (Tsch.) 12,80 Meter (Reford), 2. Chmelik (Tsch.) 11,805 Meter. — Hochsprung mit Anlauf: 1. und 2. Umschäfer (Oest.), Kusera (Tsch.), beide 178,5 Zentimeter. — 400 Meter: 1. Karl (Tsch.) 52,9 Sek., 2. Fleischer (Tsch.), Brustbreite zurück. — Diskuswerfen: 1. Dr. Gdrög (Tsch.) 39,88 Meter, 2. Klombauer (Oest.) 39,81 Meter. — 1500 Meter: 1. Friebe (Oest.) 4:14, 2. Sindler (Tsch.) 4:16,2. — 110 Meter Hürdenlaufen: 1. Jandera (Tsch.) 16,4 Sek., alle anderen disqualifiziert. — Speerwerfen: 1. Kocjan (Tsch.) 54,70 (Reford). — 5000 Meter-Gehen: 1. Kühnel (Oest.) 22:58 (Hsterr. Reford), 2. Viska (Tsch.) 23,48. — Weitsprung mit Anlauf: 1. Svoboda (Tsch.) 6,30 Meter, 2. Viska (Tsch.) 6,26 Meter. — 800 Meter: 1. E. Riedl (Tsch.) 2:02,8, 2. Wahr (Oest.) 2:03,4. — 5000 Meter: 1. Redobin (Tsch.) 16:04, 2. Sadegger (Oest.) 16:18,8, 80 Meter zurück. — Stabhochsprung: Franta und Novy (beide Tsch.) 3,90 Zentimeter. — 4x100-Meter-Staffellaufen: 1. Tsch. (Svoboda, Vrloupilek, Fleischer, Viska) 44,2 Sek., 2. Oesterreich (Kaindl, Schel, Ritter, Rauch) 51,2 Sek. (Neuer Reford).

Das Radrennen durch Frankreich. Sonntag um 2 Uhr morgens erfolgte in Paris der Start zur ersten Etappe der RadfahrerTour in Frankreich. An dieser Tour, die zum achtzehntenmal gefahren wird und über 6000 Kilometer in 15 Etappen mit je einem Rasttag umfasst, sind 157 Fahrer gestartet. Vertreten sind: Frankreich, Belgien, Italien, die Schweiz, Spanien und Luxemburg. Die erste Etappe Paris—Le Havre — 381 Kilometer — hat der Italiener Bottechia gewonnen, und zwar in 15 Stunden 3 Min. 14 Sek.

Für den Druck verantwortlich: O. Holik. Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehn. Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Brau.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtnert & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Gießmaschinen mit einer Legetischnung von 600.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Legetischnung von 100.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 271, Postparaffa Nr. 127.903

1001  
Keines Zimmer  
Inferieren Sie im  
ist ab 15. Juli zu vermieten.  
(Nähe Star (Sp.) Buchdrucker  
unter „Zimmerkolle“ an  
die Verwaltung d. Bl.  
Sozialdemokrat !!